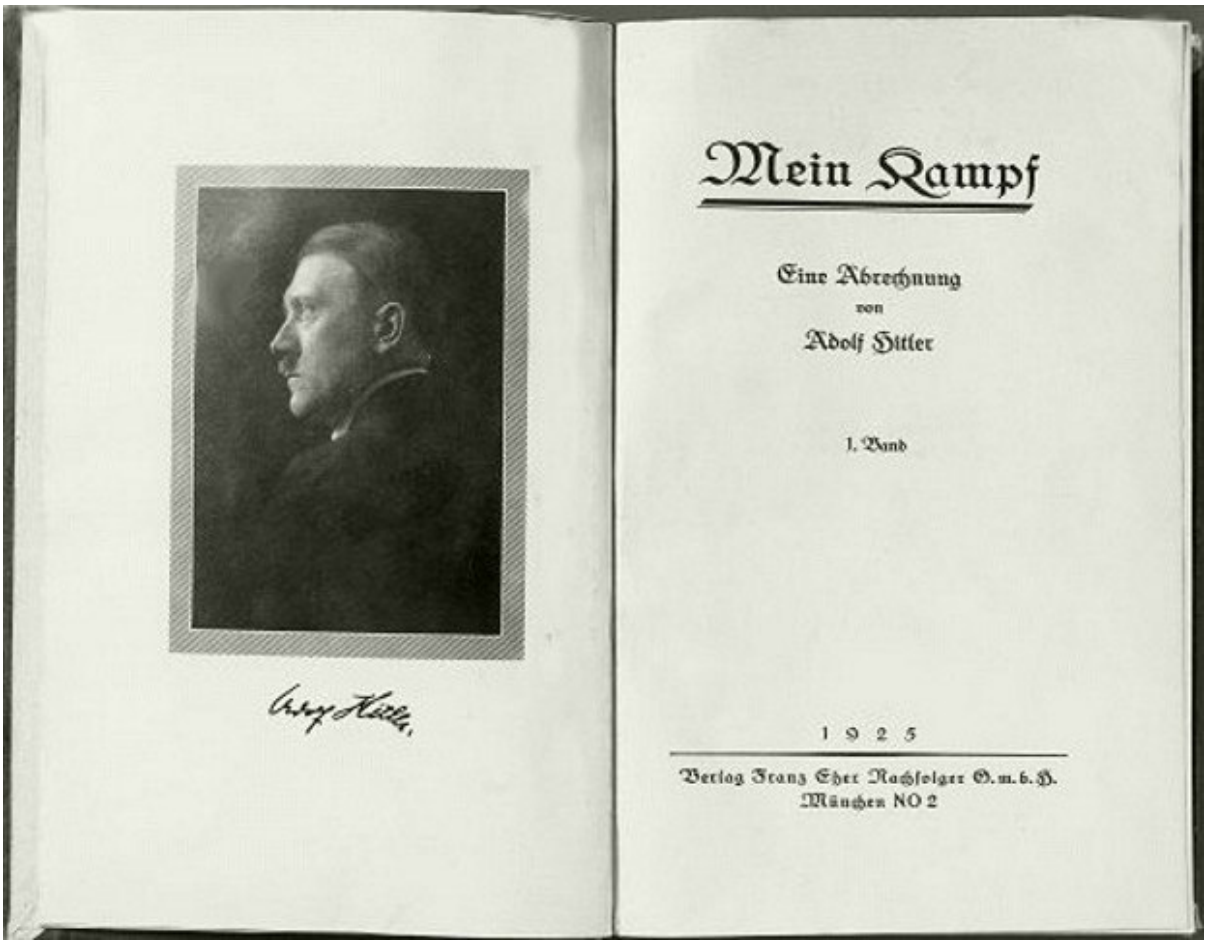
80 Jahre Unternehmen Barbarossa

Am 22. Juni 1941 begann der Angriff Nazideutschlands auf die Sowjetunion. Dazu seien hier keine Kriegsgeschichten, sondern historische Dokumente darüber präsentiert. Der Krieg ist nicht "gekommen", wie die Zeitgenossen vor und nach 1945 gerne sagten, er wurde bewusst ausgelöst. Und bewirkte schließlich nicht den Sieg des deutschen Herrenvolkes, sondern das Ende des Nationalsozialismus.

Die Pläne für den Zweiten Weltkrieg waren schon in "Mein Kampf" nachzulesen

Hitler war fest davon überzeugt, dass Deutschland seine wachsende Bevölkerung nur durch Zugewinn von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen ernähren können wird. Eine Ansicht, die heute völlig absurd klingt, seinen Ursprung damals vermutlich in den Notzeiten des Ersten Weltkriegs hatte. Bereits in seinem 1925 erschienen Buch "Mein Kampf" legte sich Hitler darauf fest, ein zukünftiges Großdeutschland müsse seinen "Lebensraum" nach Osten ausrichten.



Mein Kampf

Eine Abrechnung

von

Adolf Hitler

I. Band

1 9 2 5

Verlag Franz Eher Nachfolger G. m. b. H.
München NO 2

"Die Erwerbung von neuem Grund und Boden zur Ansiedlung der überlaufenden Volkszahl besitzt unendlich viel Vorzüge, besonders wenn man nicht die Gegenwart, sondern die Zukunft ins Auge fasst. Schon die Möglichkeit der Erhaltung eines gesunden Bauernstandes als Fundament der gesamten Nation kann niemals hoch genug eingeschätzt werden. Viele unserer heutigen Leiden sind nur die Folge des ungesunden Verhältnisses zwischen Land- und Stadtvolk. Ein fester Stock kleiner und mittlerer Bauern war noch zu allen Zeiten der beste Schutz gegen soziale Erkrankungen, wie wir sie heute besitzen. Dies ist aber auch die einzige Lösung, die eine Nation das tägliche Brot im inneren Kreislauf einer Wirtschaft finden lässt."

Für Kolonien, über die damals die europäischen Staaten noch verfügten, war Hitler nicht so sehr: "Kolonien können zu diesem Zweck so lange nicht dienen, als sie nicht zur Besiedelung mit Europäern in größtem Maße geeignet erscheinen. Auf friedlichem Wege aber waren solche Kolonialgebiete im 19. Jahrhundert nicht mehr zu erlangen. Es würde mithin auch eine solche Kolonialpolitik nur auf dem Wege eines schweren Kampfes durchzuführen gewesen sein, der aber dann zweckmäßiger nicht für außereuropäische Gebiete, sondern vielmehr für Land im Heimatkontinent selbst ausgefochten worden wäre." Daher kritisiert er die antibritische Politik des Kaiserreiches und legt sich auf Osteroberungen fest: **"Wollte man in Europa Grund und Boden, dann konnte dies im großen und ganzen nur auf Kosten Russlands geschehen, dann musste sich das neue Reich wieder auf der Straße der einstigen Ordensritter in Marsch setzen, um mit dem deutschen Schwert dem deutschen Pflug die Scholle, der Nation aber das tägliche Brot zu geben.** Für eine solche Politik allerdings gab es in Europa nur

einen einzigen Bundesgenossen: England. Nur mit England allein vermochte man, den Rücken gedeckt, den neuen Germanenzug zu beginnen."

Als Alternativen sieht Hitler: Mit England gegen Russland oder mit Russland gegen Englands Kolonien. "War vor dem Kriege die Aufgabe einer deutschen Außenpolitik die Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes und seiner Kinder auf diesem Erdball durch die Vorbereitung der Wege, die zu diesem Ziele führen konnten, sowie die Gewinnung der dabei benötigten Hilfskräfte in der Form zweckmäßiger Bundesgenossen, so ist sie heute die gleiche, nur mit dem Unterschiede: Vor dem Kriege galt es, der Erhaltung des deutschen Volkstums zu dienen unter Berücksichtigung der vorhandenen Kraft des unabhängigen Machtstaates, heute gilt es, dem Volke erst die Kraft in der Form des freien Machtstaates wiederzugeben, die die Voraussetzung für die spätere Durchführung einer praktischen Außenpolitik im Sinne der Erhaltung, Förderung und Ernährung unseres Volkes für die Zukunft ist."

Die verlorenen Gebiete müssen wiedergewonnen werden, Frankreich ist der Todfeind, mögliche Verbündete sind England und Italien: "Eine kühle Überprüfung der heutigen europäischen Machtverhältnisse führt zu folgendem Ergebnis: Seit dreihundert Jahren wurde die Geschichte unseres Kontinents maßgebend bestimmt durch den Versuch Englands, über dem Umwege ausgeglichener, sich gegenseitig bindender Machtverhältnisse der europäischen Staaten sich die notwendige Rückendeckung für große, weltpolitische britische Ziele zu sichern. Die traditionelle Tendenz der britischen Diplomatie, der in Deutschland nur die Überlieferung des preußischen Heeres gegenübergestellt zu werden vermag, lief seit dem Wirken der Königin Elisabeth planmäßig darauf hinaus, jedes Emporsteigen einer europäischen Großmacht über den Rahmen der allgemeinen Größenordnung hinaus mit allen Mitteln zu verhindern und, wenn nötig, durch militärische Eingriffe zu brechen. (...) Die wirtschaftsfriedliche Eroberung der Welt, die unseren Staatslenkern als der letzten Weisheit höchster Schluss erschien, wurde für den englischen Politiker der Grund zur Organisation des Widerstandes dagegen. Dass sich dieser Widerstand in die Form eines umfassend organisierten Angriffs kleidete, entsprach dann vollständig dem Wesen einer Staatskunst, deren Ziele eben nicht in der Erhaltung eines fragwürdigen Weltfriedens lagen, sondern in der Festigung der britischen Weltherrschaft. Dass sich dabei England aller Staaten als Bundesgenossen bediente, die militärisch überhaupt in Frage kommen konnten, entsprach ebenso sehr seiner traditionellen Vorsicht in der Abschätzung der Kraft des Gegners als der Einsicht in die augenblickliche eigene Schwäche. Mit 'Skrupellosigkeit' kann man dies deshalb nicht bezeichnen, weil eine solche umfassende Organisation eines Krieges nicht zu beurteilen ist nach heroischen Gesichtspunkten, sondern nach zweckmäßigen."

Die Ausweitung der Macht Frankreichs am europäischen Kontinent als Folge des Weltkrieges, konnte nach Hitlers Meinung nicht im Interesse Englands liegen. "Welche Staaten besitzen zur Zeit kein Lebensinteresse daran, dass durch eine vollständige Ausschaltung eines deutschen Mittel-Europas die französische Wirtschafts- und Militärmacht zur unbedingten, herrschenden Hegemonie-Stellung gelangt? Ja, welche Staaten werden auf Grund ihrer eigenen Daseinsbedingungen und ihrer bisherigen traditionellen politischen Leitung in einer solchen Entwicklung eine Bedrohung der eigenen Zukunft erblicken?"

Frankreich war Hitlers Todfeind: "Der unerbittliche Todfeind des deutschen Volkes ist und bleibt Frankreich. Ganz gleich, wer in Frankreich regierte oder regieren wird, ob Bourbonen oder Jakobiner, Napoleoniden oder bürgerliche Demokraten, klerikale Republikaner oder rote Bolschewisten: das Schlussziel ihrer außenpolitischen Tätigkeit wird immer der Versuch einer Besitzergreifung der Rheingrenze sein und einer Sicherung dieses Stromes für Frankreich durch ein aufgelöstes und zertrümmertes Deutschland. England wünscht kein Deutschland als Weltmacht, Frankreich aber keine Macht, die Deutschland heißt: ein denn doch sehr wesentlicher Unterschied! Heute aber kämpfen wir nicht für eine Weltmachtstellung, sondern haben zu ringen um den Bestand unseres Vaterlandes, um die Einheit unserer Nation und um das tägliche Brot für unsere Kinder, wenn wir von diesem Gesichtspunkte aus Ausschau halten wollen nach europäischem Bundesgenossen, so bleiben nur zwei Staaten übrig: England und Italien. (...) Bei nüchternster und kältester Überlegung sind es heute in erster Linie diese beiden Staaten England und Italien, deren natürlichste eigene Interessen den Existenzvoraussetzungen der deutschen Nation wenigstens im allerwesentlichsten nicht entgegenstehen, ja in einem bestimmten Maße sich mit ihnen identifizieren."

Hitlers Rassendenken: "Die Außenpolitik des völkischen Staates hat die Existenz der durch den Staat zusammengefassten Rasse auf diesem Planeten sicherzustellen, indem sie zwischen der Zahl und dem Wachstum des Volkes einerseits und der Größe und Güte des Grund und Bodens andererseits ein gesundes, lebensfähiges, natürliches Verhältnis schafft. Als gesundes Verhältnis darf dabei immer nur jener Zustand angesehen werden, der die Ernährung eines Volkes auf eigenem Grund und Boden sichert. Jeder andere Zustand, mag er auch Jahrhunderte, ja selbst Jahrtausende andauern, ist nichtsdestoweniger ein ungesunder und wird früher oder später zu einer Schädigung, wenn nicht zur Vernichtung des betreffenden Volkes führen.

Nur ein genügend großer Raum auf dieser Erde sichert einem Volke die Freiheit des Daseins. Dabei kann man die notwendige Größe des Siedlungsgebietes nicht ausschließlich von den Erfordernissen der Gegenwart aus beurteilen, ja nicht einmal von der Größe des Bodenertrages, umgerechnet auf die Zahl des Volkes. Denn, wie ich schon im ersten Band unter Deutsche Bündnispolitik vor dem Kriege ausführte, kommt der Grundfläche eines Staates außer ihrer Bedeutung als direkter Nährquelle eines Volkes auch noch eine andere, die militärpolitische, zu. Wenn ein Volk in der Größe seines Grund und Bodens seine Ernährung an sich gesichert hat, so ist es dennoch notwen-

dig, auch noch die Sicherstellung des vorhandenen Bodens selbst zu bedenken. Sie liegt in der allgemeinen machtpolitischen Stärke des Staates, die wieder nicht wenig durch militärgeographische Gesichtspunkte bestimmt wird. So wird das deutsche Volk seine Zukunft nur als Weltmacht vertreten können.

Deutschland ist heute keine Weltmacht. Selbst wenn unsere augenblickliche militärische Ohnmacht überwunden würde, hätten wir doch auf diesen Titel keinerlei Anspruch mehr. Was bedeutet heute auf dem Planeten ein Gebilde, das in seinem Verhältnis von Volkszahl zur Grundfläche so jämmerlich beschaffen ist wie das derzeitige Deutsche Reich? In einem Zeitalter, in dem allmählich die Erde in den Besitz von Staaten aufgeteilt wird, von denen manche selbst nahezu Kontinente umspannen, kann man nicht von Weltmacht bei einem Gebilde reden, dessen politisches Mutterland auf die lächerliche Grundfläche von kaum fünfhunderttausend Quadratkilometer beschränkt ist. Rein territorial angesehen, verschwindet der Flächeninhalt des Deutschen Reiches vollständig gegenüber dem der so genannten Weltmächte."

Die Frage stellte sich für Hitler nur so: Deutschland wird Weltmacht oder überhaupt nicht sein, daher: **"ziehen wir Nationalsozialisten bewusst einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken."**

Daraus folgt, man muss den Krieg vorbereiten:

"Der Grund und Boden, auf dem dereinst deutsche Bauerngeschlechter kraftvolle Söhne zeugen können, wird die Billigung des Einsatzes der Söhne von heute zulassen, die verantwortlichen Staatsmänner aber, wenn auch von der Gegenwart verfolgt, dereinst freisprechen von Blutschuld und Volksopferung. Ich muss mich dabei schärfstens gegen jene völkischen Schreiberseelen wenden, die in einem solchen Bodenerwerb eine 'Verletzung heiliger Menschenrechte' zu erblicken vorgeben und demgemäß ihr Geschreibsel dagegen ansetzen. Man weiß ja nie, wer hinter einem solchen Burschen steckt. Sicher ist nur, dass die Verwirrung, die sie anzurichten vermögen, den Feinden unseres Volkes erwünscht und gelegen kommt. Durch eine solche Haltung helfen sie frevelhaft mit, unserem Volke von innen heraus den Willen für die einzig richtige Art der Vertretung seiner Lebensnotwendigkeiten zu schwächen und zu beseitigen.

Denn kein Volk besitzt auf dieser Erde auch nur einen Quadratmeter Grund und Boden auf höheren Wunsch und laut höherem Recht. So wie Deutschlands Grenzen, Grenzen des Zufalls sind und Augenblicksgrenzen im jeweiligen politischen Ringen der Zeit, so auch die Grenzen der Lebensräume der anderen Völker. Und so, wie die Gestaltung unserer Erdoberfläche nur dem gedankenlosen Schwachkopf als graniten unveränderlich erscheinen mag, in Wahrheit aber nur für jede Zeit einen scheinbaren Ruhepunkt in einer laufenden Entwicklung darstellt, geschaffen in dauerndem Werden durch die gewaltigen Kräfte der Natur, um vielleicht schon morgen durch größere Kräfte Zerstörung oder Umbildung zu erfahren, so auch im Völkerleben die Grenzen der Lebensräume. Staatsgrenzen werden durch Menschen geschaffen und durch Menschen geändert.

Die Tatsache des Gelingens eines unmäßigen Bodenerwerbs durch ein Volk ist keine höhere Verpflichtung zur ewigen Anerkennung desselben. Sie beweist höchstens die Kraft der Eroberer und die Schwäche der Dulder. Und nur in dieser Kraft allein liegt dann das Recht. Wenn das deutsche Volk heute, auf unmöglicher Grundfläche zusammengepfercht, einer jämmerlichen Zukunft entgegengeht, so ist dies ebenso wenig ein Gebot des Schicksals, wie ein Auflehnen dagegen eine Brüskierung desselben darstellt. Genau so wenig wie etwa eine höhere Macht einem anderen Volke mehr Grund und Boden als dem deutschen zugesprochen hat oder durch die Tatsache dieser ungerechten Bodenverteilung beleidigt wird. So wie unsere Vorfahren den Boden, auf dem wir heute leben, nicht vom Himmel geschenkt erhielten, sondern durch Lebenseinsatz erkämpfen mussten, so wird auch uns m Zukunft den Boden und damit das Leben für unser Volk keine göttliche Gnade zuweisen, sondern nur die Gewalt eines siegreichen Schwertes."

Der Feldzug gegen Osten war damit bereits in den 1920er-Jahren festgelegt!

1937 konkretisierte Hitler seine Kriegspläne. Die Besprechung Hitlers mit den zuständigen Ministern und Militärs fand am 5. November 1937 statt, die nach dem Protokolloffizier benannte Hoßbach-Niederschrift dieser Sitzung blieb erhalten:

Anwesend: Der Führer und Reichskanzler, der Reichskriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg, der Oberbefehlshaber des Heeres Generaloberst Freiherr von Fritsch, der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Generaladmiral Dr. h. c. Raeder, der Oberbefehlshaber der Luftwaffe Generaloberst Göring, der Reichsminister des Auswärtigen Freiherr von Neurath, Oberst Hoßbach.

Der Führer stellte einleitend fest, dass der Gegenstand der heutigen Besprechung von derartiger Bedeutung sei, dass dessen Erörterung in anderen Staaten wohl vor das Forum des Regierungskabinetts gehörte, er - der Führer - sähe aber gerade im Hinblick auf die Bedeutung der Materie davon ab, diese in dem großen Kreise des Reichska-

binetts zum Gegenstand der Besprechung zu machen. Seine nachfolgenden Ausführungen seien das Ergebnis eingehender Überlegungen und der Erfahrungen seiner viereinhalbjährigen Regierungszeit; er wolle den anwesenden Herren seine grundlegenden Gedanken über die Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten unserer außenpolitischen Lage auseinandersetzen, wobei er im Interesse einer auf weite Sicht eingestellten deutschen Politik seine Ausführungen als seine testamentarische Hinterlassenschaft für den Fall seines Ablebens anzusehen bitte.

Der Führer führte sodann aus:

Das Ziel der deutschen Politik sei die Sicherung und die Erhaltung der Volksmasse und deren Vermehrung. Somit handele es sich um das Problem des Raumes. Die deutsche Volksmasse verfüge über 85 Millionen Menschen, die nach der Anzahl der Menschen und der Geschlossenheit des Siedlungsraumes in Europa einen in sich so fest geschlossenen Rassekern darstelle, wie er in keinem anderen Land wieder anzutreffen sei und wie er andererseits das Anrecht auf größeren Lebensraum mehr als bei anderen Völkern in sich schlösse. Wenn kein dem deutschen Rassekern entsprechendes politisches Ergebnis auf dem Gebiet des Raumes vorläge, so sei das eine Folge mehrhundertjähriger historischer Entwicklung und bei Fortdauer dieses politischen Zustandes die größte Gefahr für die Erhaltung des deutschen Volkstums auf seiner jetzigen Höhe. Ein Aufhalten des Rückganges des Deutschtums in Österreich und in der Tschechoslowakei sei ebenso wenig möglich als die Erhaltung des augenblicklichen Standes in Deutschland selbst. Statt Wachstum setze Sterilisation ein, in deren Folge Spannungen sozialer Art nach einer Reihe von Jahren einsetzen müssten, weil politische und weltanschauliche Ideen nur solange von Bestand seien, als sie die Grundlage zur Verwirklichung der realen Lebensansprüche eines Volkes abzugeben vermöchten. Die deutsche Zukunft sei daher ausschließlich durch die Lösung der Raumnot bedingt, eine solche Lösung könne naturgemäß nur für eine absehbare, etwa 1-3 Generationen umfassende Zeit gesucht werden.

Bevor er sich der Frage der Behebung der Raumnot zuwende, sei die Überlegung anzustellen, ob im Wege der Autarkie oder einer gesteigerten Beteiligung an der Weltwirtschaft eine zukunftsreiche Lösung der deutschen Lage zu erreichen sei.

Autarkie: Durchführung nur möglich bei straffer nationalsozialistischer Staatsführung, welche die Voraussetzung sei, als Resultat der Verwirklichungsmöglichkeit sei festzustellen:

A. Auf dem Gebiet der Rohstoffe nur bedingte, nicht aber totale Autarkie.
1. Soweit Kohle zur Gewinnung von Rohprodukten in Betracht komme, sei Autarkie durchführbar.
2. Schon auf dem Gebiet der Erze Lage viel schwieriger. Eisenbedarf = Selbstdeckung möglich und Leichtmetall, bei anderen Rohstoffen - Kupfer, Zinn dagegen nicht.
3. Faserstoffe - Selbstdeckung, soweit Holzvorkommen reicht. Eine Dauerlösung nicht möglich.
4. Ernährungsfette möglich.

B. Auf dem Gebiet der Lebensmittel sei die Frage der Autarkie mit einem glatten 'nein' zu beantworten.

Mit der allgemeinen Steigerung des Lebensstandards sei gegenüber den Zeiten vor 30-40 Jahren eine Steigerung des Bedarfs und ein gesteigerter Eigenkonsum auch der Produzenten, der Bauern, Hand in Hand gegangen. Die Erlöse der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung seien in die Deckung der Bedarfssteigerung übergegangen, stellten daher keine absolute Erzeugungssteigerung dar. Eine weitere Steigerung der Produktion unter Anspannung des Bodens, der infolge der Kunstdüngung bereits Ermüdungserscheinungen aufweise, sei kaum noch möglich und daher sicher, dass selbst bei höchster Produktionssteigerung eine Beteiligung am Weltmarkt nicht zu umgehen sei. Der schon bei guten Ernten nicht unerhebliche Ansatz von Devisen zur Sicherstellung der Ernährung durch Einfuhr steigere sich bei Mißernten zu katastrophalem Ausmaß.

Die Möglichkeit der Katastrophe wachse in dem Maße der Bevölkerungszunahme, wobei der Geburtenüberschuss von jährlich 560 000 auch insofern einen erhöhten Brotkonsum im Gefolge habe, da das Kind ein stärkerer Brotesser als der Erwachsene sei.

Den Ernährungsschwierigkeiten durch Senkung des Lebensstandards und durch Rationalisierung auf die Dauer zu begegnen, sei in einem Erdteil annähernd gleicher Lebenshaltung unmöglich. Seitdem mit Lösung des Arbeitslosenproblems die volle Konsumkraft in Wirkung getreten sei, wären wohl noch kleine Korrekturen unserer landwirtschaftlichen Eigenproduktion, nicht aber eine tatsächliche Änderung der Ernährungsgrundlage möglich. Damit sei die Autarkie sowohl auf dem Ernährungsgebiet als auch in der Totalität hinfällig.

Beteiligung an der Weltwirtschaft: Ihr seien Grenzen gezogen, die wir nicht zu beheben vermöchten. Einer sicheren Fundierung der deutschen Lage ständen die Konjunkturschwankungen entgegen, die Handelsverträge böten keine Gewähr für die praktische Durchführung. insbesondere sei grundsätzlich zu bedenken, dass seit dem Weltkrieg eine Industrialisierung gerade früherer Ernährungsausfuhrländer stattgefunden habe. Wir lebten im Zeitalter wirtschaftlicher Imperien, in welchem der Trieb zur Kolonisierung sich wieder dem Urzustand nähere; bei Japan und Italien lägen dem Ausdehnungsdrang wirtschaftliche Motive zu Grunde ebenso wie auch für Deutschland die wirtschaftliche Not den Antrieb bilden würde. Für Länder außerhalb der großen Wirtschaftsreiche sei die Möglichkeit wirtschaftlicher Expansion besonders erschwert.

Der durch die Rüstungskonjunkturen verursachte Auftrieb in der Weltwirtschaft könne niemals die Grundlage zu einer wirtschaftlichen Regelung für einen längeren Zeitraum bilden, welch letzterer vor allem auch die vom Bol-

schewismus ausgehenden Wirtschaftszerstörungen im Wege stünden. Es sei eine ausgesprochene militärische Schwäche derjenigen Staaten, die ihre Existenz auf dem Außenhandel aufbauten. Da unser Außenhandel über die durch England beherrschten Seegebiete führe, sei es mehr eine Frage der Sicherheit des Transportes als eine solche der Devisen, woraus die große Schwäche unserer Ernährungssituation im Kriege erhelle.

Die einzige, uns vielleicht traumhaft erscheinende Abhilfe läge in der Gewinnung eines größeren Lebensraumes, ein Streben, das zu allen Zeiten die Ursache der Staatenbildungen und Völkerbewegungen gewesen sei. Dass dieses Streben in Genf und bei den gesättigten Staaten keinem Interesse begegne, sei erklärlich. Wenn die Sicherheit unserer Ernährungslage im Vordergrund stände, so könne der hierfür notwendige Raum nur in Europa gesucht werden, nicht aber ausgehend von liberalistisch-kapitalistischen Auffassungen in der Ausbeutung von Kolonien. Es handele sich nicht um die Gewinnung von Menschen, sondern von landwirtschaftlich nutzbarem Raum. Auch die Rohstoffgebiete seien zweckmäßiger im unmittelbaren Anschluss an das Reich in Europa und nicht in Übersee zu suchen, wobei die Lösung sich für ein bis zwei Generationen auswirken müsse. Was darüber hinaus in späteren Zeiten notwendig werden sollte, müsse nachfolgenden Geschlechtern überlassen bleiben. Die Entwicklung großer Weltgebilde gehe nun einmal langsam vor sich, das deutsche Volk mit seinem starken Rassekern finde hierfür die günstigsten Voraussetzungen inmitten des europäischen Kontinents. Dass jede Raumerweiterung nur durch Brechen von Widerstand und unter Risiko vor sich gehen könne, habe die Geschichte aller Zeiten - Römisches Weltreich, Englisches Empire - bewiesen. Auch Rückschläge seien unvermeidbar. Weder früher noch heute habe es herrenlosen Raum gegeben, der Angreifer stoße stets auf den Besitzer.

Für Deutschland laute die Frage, wo größter Gewinn unter geringstem Einsatz zu erreichen sei.

Die deutsche Politik habe mit den beiden Hassgegnern England und Frankreich zu rechnen, denen ein starker deutscher Koloss inmitten Europas ein Dorn im Auge sei, wobei beide Staaten eine weitere deutsche Erstarkung sowohl in Europa als auch in Übersee ablehnten und sich in dieser Ablehnung auf die Zustimmung aller Parteien stützen könnten. In der Errichtung deutscher militärischer Stützpunkte in Übersee sähen beide Länder eine Bedrohung ihrer Überseeverbindungen, eine Sicherung des deutschen Handels und rückwirkend eine Stärkung der deutschen Position in Europa.

England könne aus seinem Kolonialbesitz infolge des Widerstandes der Dominien keine Abtretungen an uns vornehmen. Nach dem durch Übergang Abessiniens in italienischen Besitz eingetretenen Prestigeverlust Englands sei mit einer Rückgabe Ostafrikas nicht zu rechnen. Das Entgegenkommen Englands werde sich bestenfalls in dem Anheimstellen äußern, unsere kolonialen Wünsche durch Wegnahme solcher Kolonien zu befriedigen, die sich z.Z. in nicht englischem Besitz befänden z.B. Angola. In der gleichen Linie werde sich das französische Entgegenkommen bewegen.

Eine ernsthafte Diskussion wegen der Rückgabe von Kolonien an uns käme nur zu einem Zeitpunkt in Betracht, in dem England sich in einer Notlage befände und das deutsche Reich stark und gerüstet sei. Die Auffassung, dass das Empire unerschütterlich sei, teile der Führer nicht. Die Widerstände gegen das Empire lägen weniger in den eroberten Ländern als bei den Konkurrenten. Das Empire und das Römische Weltreich seien hinsichtlich der Dauerhaftigkeit nicht vergleichbar; dem letzteren habe seit den punischen Kriegen kein machtpolitischer Gegner ernsthafteren Charakters gegenüber gestanden. Erst die vom Christentum ausgehende auflösende Wirkung und die sich bei jedem Staat einstellenden Alterserscheinungen hätten das alte Rom dem Ansturm der Germanen erliegen lassen.

Neben dem englischen Empire ständen schon heute eine Anzahl ihm überlegener Staaten. Das englische Mutterland sei nur im Bunde mit anderen Staaten, nicht aus eigener Kraft in der Lage, seinen Kolonialbesitz zu verteidigen. Wie solle England allein z. B. Kanada gegen einen Angriff Amerikas, seine ostasiatischen Interessen gegen einen solchen Japans verteidigen!

Das Herausstellen der englischen Krone als Träger des Zusammenhaltes des Empire sei bereits das Eingeständnis, dass das Weltreich machtpolitisch auf die Dauer nicht zu halten sei.

Bedeutungsvolle Hinweise in dieser Richtung seien:
a) Das Streben Irlands nach Selbständigkeit.
b) Die Verfassungskämpfe in Indien, wo England durch seine halben Maßnahmen den Indern die Möglichkeit eröffnet habe, späterhin die Nichterfüllung der verfassungsrechtlichen Versprechungen als Kampfmittel gegen England zu benutzen.
c) Die Schwächung der englischen Position in Ostasien durch Japan.
d) Der Gegensatz im Mittelmeer zu Italien, welches - unter Berufung auf seine Geschichte, getrieben aus Not und geführt durch ein Genie - seine Machtstellung ausbaue und sich hierdurch in zunehmendem Maße gegen englische Interessen wen den müsse. Der Ausgang des abessinischen Krieges sei ein Prestigeverlust Englands, den Italien durch Schüren in der mohammedanischen Welt zu vergrößern bestrebt sei.

In summa sei festzustellen, dass trotz aller ideeller Festigkeit das Empire machtpolitisch auf die Dauer nicht mit 45 Millionen Engländern zu halten sei. Das Verhältnis der Bevölkerungszahl des Empires zu der des Mutterlandes von 9 : 1 sei eine Warnung für uns, bei Raumerweiterungen nicht die in der eigenen Volkszahl liegende Plattform zu gering werden zu lassen.

Die Stellung Frankreichs sei günstiger als die Englands. Das französische Reich sei territorial besser gelagert, die Einwohner seines Kolonialbesitzes stellten einen militärischen Machtzuwachs dar. Aber Frankreich gehe innenpolitischen Schwierigkeiten entgegen. Im Leben der Völker nehmen die parlamentarische Regierungsform etwa 10%, die autoritäre etwa 90% der Zeit ein. Immerhin seien heute in unsere politischen Berechnungen als Machtfaktoren einzusetzen: England, Frankreich, Russland und die angrenzenden kleineren Staaten.

Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser niemals risikolos sein. Die Kämpfe Friedrichs d.Gr. um Schlesien und die Kriege Bismarcks gegen Österreich und Frankreich seien von unerhörtem Risiko gewesen und die Schnelligkeit des preußischen Handelns 1870 habe Österreich vom Eintritt in den Krieg ferngehalten. Stelle man an die Spitze der nachfolgenden Ausführungen den Entschluss zur Anwendung von Gewalt unter Risiko, dann bleibe noch die Beantwortung der Fragen 'wann' und wie. Hierbei seien drei Fälle zu entscheiden:

Fall 1: Zeitpunkt 1943-1945. Nach dieser Zeit sei nur noch eine Veränderung zu unseren Ungunsten zu erwarten.

Die Aufrüstung der Armee, Kriegsmarine, Luftwaffe sowie die Bildung des Offizierkorps seien annähernd beendet. Die materielle Ausstattung und Bewaffnung seien modern, bei weiterem Zuwarten läge die Gefahr ihrer Veraltung vor. Besonders der Geheimhaltungsschutz der 'Sonderwaffen' ließe sich nicht immer aufrecht erhalten. Die Gewinnung von Reserven beschränke sich auf die laufenden Rekrutenjahrgänge, ein Zusatz aus älteren unausgebildeten Jahrgängen sei nicht mehr verfügbar.

Im Verhältnis zu der bis dahin durchgeführten Aufrüstung der Umwelt nähmen wir an relativer Stärke ab. Wenn wir bis 1943/45 nicht handelten, könne infolge des Fehlens von Reserven jedes Jahr die Ernährungskrise bringen, zu deren Behebung ausreichende Devisen nicht verfügbar seien. Hierin sei ein 'Schwächungsmoment des Regimes' zu erblicken. Zudem erwarte die Welt unseren Schlag und treffe ihre Gegenmaßnahmen von Jahr zu Jahr mehr. Während die Umwelt sich abriegele, seien wir zur Offensive gezwungen.

Wie die Lage in den Jahren 1943/45 tatsächlich sein würde, wisse heute niemand. Sicher sei nur, dass wir nicht länger warten können.

Auf der einen Seite die große Wehrmacht mit der Notwendigkeit der Sicherstellung ihrer Unterhaltung, das Älterwerden der Bewegung und ihrer Führer, auf der anderen Seite die Aussicht auf Senkung des Lebensstandards und auf Geburteneinschränkung ließen keine andere Wahl als zu handeln. Sollte der Führer noch am Leben sein, so sei es sein unabänderlicher Entschluss, spätestens 1943/45 die deutsche Raumfrage zu lösen. Die Notwendigkeit zum Handeln vor 1943/45 käme im Fall 2 und 3 in Betracht.

Fall 2: Wenn die sozialen Spannungen in Frankreich sich zu einer derartigen innenpolitischen Krise auswachsen sollten, dass durch letztere die französische Armee absorbiert und für eine Kriegsverwendung gegen Deutschland ausgeschaltet würde, sei der Zeitpunkt zum Handeln gegen die Tschechei gekommen.

Fall 3: Wenn Frankreich durch einen Krieg mit einem anderen Staat so gefesselt ist, dass es gegen Deutschland nicht 'vorgehen' kann.

Zur Verbesserung unserer militär-politischen Lage müsse in jedem Fall einer kriegerischen Verwicklung unser 1. Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen, um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten. Bei einem Konflikt mit Frankreich sei wohl nicht damit zu rechnen, dass die Tschechei am gleichen Tage wie Frankreich uns den Krieg erklären würde. In dem Maße unserer Schwächung würde jedoch der Wille zur Beteiligung am Kriege in der Tschechei zunehmen, wobei ihr Eingreifen sich durch einen Angriff nach Schlesien, nach Norden oder nach Westen bemerkbar machen könne.

Sei die Tschechei niedergeworfen, eine gemeinsame Grenze Deutschland-Ungarn gewonnen, so könne eher mit einem neutralen Verhalten Polens in einem deutsch-französischen Konflikt gerechnet werden. Unsere Abmachungen mit Polen behielten nur solange Geltung als Deutschlands Stärke unerschüttert sei. bei deutschen Rückschlägen müsse ein Vorgehen Polens gegen Ostpreußen, vielleicht auch gegen Pommern und Schlesien in Rechnung gestellt werden.

Bei Annahme einer Entwicklung der Situation, die zu einem planmäßigen Vorgehen unsererseits in den Jahren 1943/45 führe, sei das Verhalten Frankreichs, Englands, Italiens, Polens, Russlands voraussichtlich folgendermaßen zu beurteilen:

An sich glaube der Führer, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit England, voraussichtlich aber auch Frankreich die Tschechen bereits im Stillen abgeschrieben und sich damit abgefunden hätten, dass diese Frage eines Tages durch Deutschland bereinigt würde. Die Schwierigkeiten des Empire und die Aussicht in einen lang währenden europäischen Krieg erneut verwickelt zu werden, seien bestimmend für eine Nichtbeteiligung Englands an einem Kriege gegen Deutschland. Die englische Haltung werde gewiss nicht ohne Einfluß auf die Frankreichs sein. Ein Vorgehen Frankreichs ohne die englische Unterstützung und in der Voraussicht, dass seine Offensive an unseren Westbefestigungen sich festlaufe, sei wenig wahrscheinlich. Ohne die Hilfe Englands sei auch nicht mit einem Durchmarsch Frankreichs durch Belgien und Holland zu rechnen, der auch bei einem Konflikt mit Frankreich für uns außer Betracht bleiben müsse, da es in jedem Fall die Feindschaft Englands zur Folge haben müsste. Naturgemäß

sei eine Abriegelung im Westen in jedem Fall während der Durchführung unseres Angriffs gegen die Tschechei und Österreich notwendig.

Hierbei sei zu berücksichtigen, dass die Verteidigungsmaßnahmen der Tschechei von Jahr zu Jahr an Stärke zunähmen und dass auch eine Konsolidierung der inneren Werte der österreichischen Armee im Laufe der Jahre stattfände. Wenn auch die Besiedelung insbesondere der Tschechei keine dünne sei, so könne die Einverleibung der Tschechei und Österreichs den Gewinn von Nahrungsmitteln für 5-6 Millionen Menschen bedeuten unter Zugrundelegung, dass eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen zur Durchführung gelange. Die Angliederung der beiden Staaten an Deutschland bedeute militärpolitisch eine wesentliche Entlastung infolge kürzerer, besserer Grenzziehung, Freiwerdens von Streitkräften für andere Zwecke und der Möglichkeit der Neuaufstellung von Truppen bis in Höhe von etwa 12 Divisionen, wobei auf 1 Million Einwohner eine neue Division entfalle.

Von der Seite Italiens sei[en] gegen die Beseitigung der Tschechei keine Einwendungen zu erwarten, wie dagegen seine Haltung in der österreichischen Frage zu bewerten sei, entziehe sich der heutigen Beurteilung und sei wesentlich davon abhängig, ob der Duce noch am Leben sei.

Das Maß der Überraschung und der Schnelligkeit unseres Handelns sei für die Stellungnahme Polens entscheidend. Gegen ein siegreiches Deutschland wird Polen - mit Russland im Rücken - wenig Neigung haben, in den Krieg einzutreten.

Einem militärischen Eingreifen Russlands müsse durch die Schnelligkeit unserer Operationen begegnet werden; ob ein solches überhaupt in Betracht kommen werde, sei angesichts der Haltung Japans mehr als fraglich.

Trete der Fall 2 - Lahmlegung Frankreichs durch einen Bürgerkrieg - ein, so sei infolge Ausfall des gefährlichsten Gegners die Lage jederzeit zum Schlag gegen die Tschechei auszunutzen.

In gewissere Nähe sähe der Führer den Fall 3 gerückt, der sich aus den derzeitigen Spannungen im Mittelmeer entwickeln könne und den er eintretendenfalls zu jedem Zeitpunkt, auch bereits im Jahre 1938, auszunutzen entschlossen sei ...

Wenn Deutschland diesen Krieg zur Erledigung der tschechischen und österreichischen Frage ausnutze, so sei mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass England - im Kriege mit Italien liegend - sich nicht zu einem Vorgehen gegen Deutschland entschließen würde. Ohne die englische Unterstützung sei eine kriegerische Handlung Frankreichs gegen Deutschland nicht zu erwarten.

Der Zeitpunkt unseres Angriffs auf die Tschechei und österreich müsse abhängig von dem Verlauf des italienischenglischfranzösischen Krieges gemacht werden und läge nicht etwa gleichzeitig mit der Eröffnung der kriegerischen Handlungen dieser drei Staaten. Der Führer denke auch nicht an militärische Abmachungen mit Italien, sondern wolle in eigener Selbständigkeit und unter Ausnutzung dieser sich nur einmal bietenden günstigen Gelegenheit den Feldzug gegen die Tschechei beginnen und durchführen, wobei der Überfall auf die Tschechei 'blitzartig schnell' erfolgen müsse.

Feldmarschall von Blomberg und Generaloberst von Fritsch wiesen bei der Beurteilung der Lage wiederholt auf die Notwendigkeit hin, dass England und Frankreich nicht als unsere Gegner auftreten dürften, und stellten fest, dass durch den Krieg gegen Italien das französische Heer nicht in dem Umfange gebunden sei, dass es nicht noch mit Überlegenheit all unserer Westgrenze auf den Plan treten könne. Die mutmaßlich an der Alpengrenze gegenüber Italien zum Einsatz gelangenden französischen Kräfte veranschlagte Generaloberst von Fritsch auf etwa 20 Divisionen, so dass immer noch eine starke französische Überlegenheit an unserer Westgrenze bliebe, der als Aufgabe nach deutschem Denken der Einmarsch in das Rheinland zu unterstellen sei, wobei noch besonders der Vorsprung Frankreichs in der Mobilmachung in Rechnung zu stellen und zu berücksichtigen sei, dass abgesehen von dem ganz geringen Wert unseres derzeitigen Standes der Befestigungsanlagen - worauf Feldmarschall von Blomberg besonders hinwies - die für den Westen vorgesehenen vier mot[orisierten] Divisionen mehr oder weniger bewegungsunfähig seien. Hinsichtlich unserer Offensive nach Südosten machte Feldmarschall von Blomberg nachdrücklich auf die Stärke der tschechischen Befestigungen aufmerksam, deren Ausbau den Charakter einer Maginot-Linie angenommen hätte und unseren Angriff aufs Äußerste erschwere.

Generaloberst von Fritsch erwähnte, dass es gerade Zweck einer durch ihn angeordneten Studie dieses Winters sei, die Möglichkeiten der Führung der Operationen gegen die Tschechei unter besonderer Berücksichtigung der Überwindung des tschechischen Festungssystems zu untersuchen; der Generaloberst brachte ferner zum Ausdruck, dass er unter den obwaltenden Verhältnissen davon absehen müsse, seinen am 10. 11. beginnenden Auslandsurlaub durchzuführen. Diese Absicht lehnte der Führer mit der Begründung ab, dass die Möglichkeit des Konfliktes noch nicht als so nahe bevorstehend anzusehen sei.

Gegenüber dem Einwand des Außenministers, dass ein italienisch-englisch-französischer Konflikt noch nicht in so greifbarer Nähe sei als es der Führer anzunehmen schiene, stellte der Führer als den ihm hierfür möglich erscheinenden Zeitpunkt den Sommer 1938 hin. Zu den seitens des Feldmarschalls von Blomberg und des Generalobersten von Fritsch hinsichtlich des Verhaltens Englands und Frankreichs angestellten Überlegungen äußerte der Führer in Wiederholung seiner bisherigen Ausführungen, dass er von der Nichtbeteiligung Englands überzeugt sei

und daher an eine kriegerische Aktion Frankreichs gegen Deutschland nicht glaube. Sollte der in Rede stehende Mittelmeerkonflikt zu einer allgemeinen Mobilmachung in Europa fuhren, so sei unsererseits sofort gegen die Tschechei anzutreten, sollten dagegen die am Kriege nicht beteiligten Mächte ihr Desinteressement erklären, so habe sich Deutschland diesem Verhalten zunächst anzuschließen.

Generaloberst Göring hielt angesichts der Ausführungen des Führers es für geboten, an einen Abbau unseres militärischen Spanienunternehmens zu denken. Der Führer stimmt dem insoweit zu, als er den Entschluss einem geeigneten Zeitpunkt vorbehalten zu glauben solle.

Der zweite Teil der Besprechungen befasste sich mit materiellen Rüstungsfragen.

Für die Richtigkeit: Oberst d. G. - gez. Hoßbach

Am 31.7.1940 legt Hitler den Termin für die Invasion Großbritanniens für den 15. September fest, der Angriff auf die Sowjetunion soll im Frühjahr 1941 erfolgen, die UdSSR sei innerhalb von fünf Monaten niederzuwerfen. Die Invasion Englands fand nie statt, die Planung für einen Eroberungskrieg gegen die Sowjetunion wurde in Angriff genommen, am 18. 12. 1940 Hitlers Weisung Nr. 21 - Fall Barbarossa vorgelegt. Hier der Text dieses Militärdokuments.

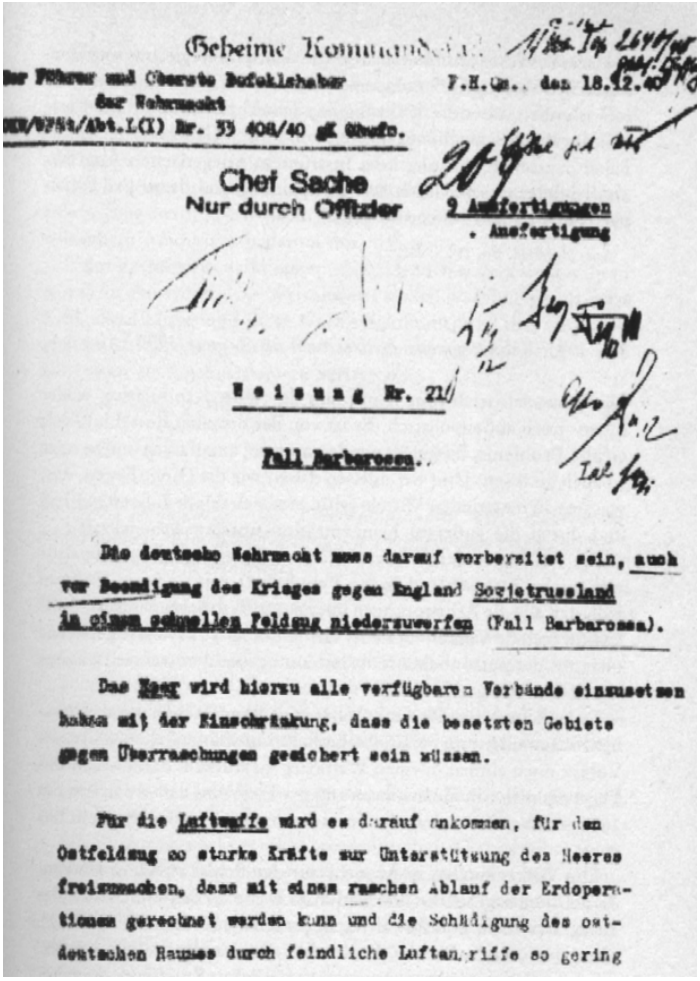
Die deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrussland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa).

Das Heer wird hierzu alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben mit der Einschränkung, dass die besetzten Gebiete gegen Überraschungen gesichert sein müssen.

Für die Luftwaffe wird es darauf ankommen, für den Ostfeldzug so starke Kräfte zur Unterstützung des Heeres freizumachen, dass mit einem raschen Ablauf der Erdoperationen gerechnet werden kann und die Schädigung des ostdeutschen Raumes durch feindliche Luftangriffe so gering wie möglich bleibt. Diese Schwerpunktbildung im Osten findet ihre Grenze in der Forderung, dass der gesamte von uns beherrschte Kampf und Rüstungsraum gegen feindliche Luftangriffe hinreichend geschützt bleiben muss und die Angriffshandlungen gegen England, insbesondere seine Zufuhr, nicht zum Erliegen kommen dürfen.

Der Schwerpunkt des Einsatzes der Kriegsmarine bleibt auch während eines Ostfeldzuges eindeutig gegen England gerichtet. Den Aufmarsch gegen Sowjetrussland werde ich gegebenenfalls acht Wochen vor dem beabsichtigten Operationsbeginn befehlen. Vorbereitungen, die eine längere Anlaufzeit benötigen, sind soweit noch nicht geschehen schon jetzt in Angriff zu nehmen und bis zum 15.5.41 abzuschließen.

Entscheidender Wert ist jedoch darauf zu legen, dass die Absicht eines Angriffes nicht erkennbar wird.


Geheime Kommando-
der Führer und Oberste Befehlshaber
der Wehrmacht
F.H.Qu., den 18.12.40
OKW/WFSt/Abt.L(I) Nr. 33 408/40 gK Chefsa.

Chef Sache
Nur durch Offizier

2 Ausfertigungen
. Ausfertigung

Weisung Nr. 21

Fall Barbarossa.

Die deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrussland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa).

Das Heer wird hierzu alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben mit der Einschränkung, dass die besetzten Gebiete gegen Überraschungen gesichert sein müssen.

Für die Luftwaffe wird es darauf ankommen, für den Ostfeldzug so starke Kräfte zur Unterstützung des Heeres freizumachen, dass mit einem raschen Ablauf der Erdoperationen gerechnet werden kann und die Schädigung des ostdeutschen Raumes durch feindliche Luftangriffe so gering

Die Vorbereitungen der Oberkommandos sind auf folgender Grundlagen zu treffen:

I. Allgemeine Absicht:

Die im westlichen Russland stehende Masse des russischen Heeres soll in kühnen Operationen unter weitem Vortreiben von Panzerkeilen vernichtet, der Abzug kampfkräftiger Teile in die Weite des russischen Raumes verhindert werden.

In rascher Verfolgung ist dann eine Linie zu erreichen, aus der die russische Luftwaffe reichsdeutsches Gebiet nicht mehr angreifen kann. Das Endziel der Operation ist die Abschirmung gegen das asiatische Russland aus der

allgemeinen Linie Wolga Archangelsk. So kann erforderlichenfalls das letzte Russland verbleibende Industriegebiet am Ural durch die Luftwaffe ausgeschaltet werden.

Im Zuge dieser Operationen wird die russische Ostseeflotte schnell ihre Stützpunkte verlieren und damit nicht mehr kampffähig sein.

Wirksames Eingreifen der russischen Luftwaffe ist schon bei Beginn der Operation durch kraftvolle Schläge zu verhindern.

II. Voraussichtliche Verbündete und deren Aufgaben:

1.) Auf den Flügeln unserer Operation ist mit der aktiven Teilnahme Rumäniens und Finnlands am Kriege gegen Sowjetrussland zu rechnen. In welcher Form die Streitkräfte beider Länder bei ihrem Eingreifen deutschem Befehl unterstellt werden, wird das Oberkommando der Wehrmacht zeitgerecht vereinbaren und festlegen.

2.) Rumäniens Aufgabe wird es sein, den Angriff des deutschen Südflügels, wenigstens in seinen Anfängen, mit ausgesuchten Kräften zu unterstützen, den Gegner dort, wo deutsche Kräfte nicht angesetzt sind, zu fesseln und im Übrigen Hilfsdienste im rückwärtigen Gebiet zu leisten.

3.) Finnland wird den Aufmarsch der aus Norwegen kommenden abgesetzten deutschen Nordgruppe (Teile der Gruppe XXI) zu decken und mit ihr gemeinsam zu operieren haben. Daneben wird Finnland die Ausschaltung von Hangö zufallen.

4.) Mit der Möglichkeit, dass schwedische Bahnen und Straßen für den Aufmarsch der deutschen Nordgruppe spätestens von Operationsbeginn an zur Verfügung stehen, kann gerechnet werden.

III. Die Führung der Operationen:

A.) Heer (in Genehmigung der mir vorgetragenen Absichten):

In dem durch die Pripetsümpfe in eine südliche und eine nördliche Hälfte getrennten Operationsraum ist der Schwerpunkt nördlich dieses Gebietes zu bilden. Hier sind 2 Heeresgruppen vorzusehen.

Der südlichen dieser beiden Heeresgruppen Mitte der Gesamtfront fällt die Aufgabe zu, mit besonders starken Panzer und mot. Verbänden aus dem Raum um und nördlich Warschau vorbrechend die feindlichen Kräfte in Weißrussland zu zersprengen. Dadurch muss die Voraussetzung geschaffen werden für das Eindrehen von starken Teilen der schnellen Truppen nach Norden, um im Zusammenwirken mit der aus Ostpreußen in allgemeiner Richtung Leningrad operierenden nördlichen Heeresgruppe die im Baltikum kämpfenden feindlichen Kräfte zu vernichten. Erst nach Sicherstellung dieser vordringlichsten Aufgabe, welcher die Besetzung von Leningrad und Kronstadt folgen muss, sind die Angriffsoperationen zur Besitznahme des wichtigen Verkehrs und Rüstungszentrums Moskau fortzuführen.

Nur ein überraschend schnell eintretender Zusammenbruch der russischen Widerstandskraft könnte es rechtfertigen, beide Ziele gleichzeitig anzustreben.

Die wichtigste Aufgabe der Gruppe XXI bleibt auch während der Ostoperationen der Schutz Norwegens. Die darüber hinaus verfügbaren Kräfte sind im Norden (Geb. Korps) zunächst zur Sicherung des Petsamo-Gebietes und seiner Erzgruben sowie der Eismeerstraße einzusetzen, um dann gemeinsam mit finnischen Kräften gegen die Murmansk Bahn vorzustoßen und die Versorgung des Murmansk Gebietes auf dem Landwege zu unterbinden.

Ob eine derartige Operation mit stärkeren deutschen Kräften (2-3 Div.) aus dem Raum von Rovaniemi und südlich geführt werden kann, hängt von der Bereitwilligkeit Schwedens ab, seine Eisenbahnen für einen solchen Aufmarsch zur Verfügung zu stellen.

Der Masse des finnischen Heeres wird die Aufgabe zufallen, in Übereinstimmung mit den Fortschritten des deutschen Nordflügels möglichst starke russische Kräfte durch Angriff westlich oder beiderseits des Ladoga Sees zu fesseln und sich in den Besitz von Hangö zu setzen.

Auch bei der südlich der Pripetsümpfe angesetzten Heeresgruppe ist in konzentrischer Operation und mit starken Flügeln die vollständige Vernichtung der in der Ukraine stehenden russischen Kräfte noch westlich des Dnjepr anzustreben. Hierzu ist der Schwerpunkt aus dem Raum von Lublin in allgemeiner Richtung Kiew zu bilden, während die in Rumänien befindlichen Kräfte über den unteren Pruth hinweg einen weit abgesetzten Umfassungsarm bilden. Der rumänischen Armee wird die Fesselung der dazwischen befindlichen russischen Kräfte zufallen.

Sind die Schlachten südlich bzw. nördlich der Pripetsümpfe geschlagen, ist im Rahmen der Verfolgung anzustreben:

im Süden die frühzeitige Besitznahme des wehrwirtschaftlich wichtigen Donez Beckens,

im Norden das schnelle Erreichen von Moskau. Die Einnahme dieser Stadt bedeutet politisch und wirtschaftlich einen entscheidenden Erfolg, darüber hinaus den Ausfall des wichtigsten Eisenbahnknotenpunktes.

B.) Luftwaffe:

Ihre Aufgabe wird es sein, die Einwirkung der russischen Luftwaffe soweit wie möglich zu lähmen und auszuschalten sowie die Operationen des Heeres in ihren Schwerpunkten, namentlich bei der mittleren Heeresgruppe und auf dem Schwerpunktflügel der südlichen Heeresgruppe, zu unterstützen. Die russischen Bahnen werden je nach ihrer Bedeutung für die Operationen zu unterbrechen bzw. in ihren wichtigsten nahegelegenen Objekten (Flussübergänge!) durch kühnen Einsatz von Fallschirm- und Luftlandetruppen in Besitz zu nehmen sein.

Um alle Kräfte gegen die feindliche Luftwaffe und zur unmittelbaren Unterstützung des Heeres zusammenfassen zu können, ist die Rüstungsindustrie während der Hauptoperationen nicht anzugreifen. Erst nach dem Abschluss der Bewegungsoperationen kommen derartige Angriffe, in erster Linie gegen das Uralgebiet, in Frage.

C.) Kriegsmarine:

Der Kriegsmarine fällt gegen Sowjetrussland die Aufgabe zu, unter Sicherung der eigenen Küste ein Ausbrechen feindlicher Seestreitkräfte aus der Ostsee zu verhindern. Da nach dem Erreichen von Leningrad der russischen Ostseeflotte der letzte Stützpunkt genommen und diese dann in hoffnungsloser Lage sein wird, sind vorher größere Seeoperationen zu vermeiden.

Nach dem Ausschalten der russischen Flotte wird es darauf ankommen, den vollen Seeverkehr in der Ostsee, dabei auch den Nachschub für den nördlichen Heeresflügel über See, sicherzustellen (Minenräumung!)

IV. Alle von den Herren Oberbefehlshabern auf Grund dieser Weisung zu treffenden Anordnungen müssen eindeutig dahin abgestimmt sein, dass es sich um Vorsichtsmaßnahmen handelt für den Fall, dass Russland seine bisherige Haltung gegen uns ändern sollte. Die Zahl der frühzeitig zu den Vorarbeiten heranzuziehenden Offiziere ist so klein wie möglich zu halten, weitere Mitarbeiter sind so spät wie möglich und nur in dem für die Tätigkeit jedes Einzelnen erforderlichen Umfang einzuweisen, Sonst besteht die Gefahr, dass durch ein Bekanntwerden unserer Vorbereitungen, deren Durchführung zeitlich noch gar nicht festliegt, schwerste politische und militärische Nachteile entstehen.

V. Vorträgen der Herren Oberbefehlshaber über ihre weiteren Absichten auf Grund dieser Weisung sehe ich entgegen. Die beabsichtigten Vorbereitungen aller Wehrmachtteile sind mir, auch in ihrem zeitlichen Ablauf, über das Oberkommando der Wehrmacht zu melden.

(gez.) Adolf Hitler

Zur Kriegsführung gegen die Sowjetunion wurden Sonderregelungen festgelegt, die mit den gültigen Konventionen der Kriegsführung nicht mehr viel zu tun hatten, hier einige dieser Dokumente:

Oberkommando der Wehrmacht, 13.März 1941

Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa)

I. Operationsgebiet und vollziehende Gewalt.
1.) In Ostpreußen und im Generalgouvernement werden spätestens 4 Wochen vor Operationsbeginn durch OKW die innerhalb der Wehrmacht für ein Operationsgebiet gültigen Befehlsbefugnisse und Bestimmungen für die Versorgung in Kraft gesetzt werden. Vorschlag legt OKH zeitgerecht nach Einvernehmen mit Ob. d. L. vor.
Eine Erklärung Ostpreußens und des Generalgouvernements zum Operationsgebiet des Heeres ist nicht beabsichtigt. Dagegen ist der Ob.d.H. auf Grund der nichtveröffentlichten Führererlasse vom 19. und 21.10.1939 berechtigt, diejenigen Maßnahmen anzuordnen, die zur Durchführung seines militärischen Auftrages und zur Sicherung der Truppe notwendig sind. Diese Ermächtigung kann er auf die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen weiter übertragen. Derartige Anordnungen gehen allen anderen Obliegenheiten und den Weisungen ziviler Stellen vor.
2.) Das im Zuge der Operationen zu besetzende russische Gebiet soll, sobald der Ablauf der Kampfhandlungen es erlaubt, nach besonderen Richtlinien in Staaten mit eigenen Regierungen aufgelöst werden.

Hieraus folgert:
a) Das mit dem Vorgehen des Heeres über die Grenzen des Reiches und der Nachbarstaaten gebildete Operationsgebiet des Heeres ist der Tiefe nach soweit als möglich zu beschränken. Der Ob. d. H. hat die Befugnis, in diesem Gebiet die vollziehende Gewalt auszuüben mit der Ermächtigung, sie auf die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen zu übertragen.
b) Im Operationsgebiet des Heeres erhält der Reichsführer SS zur Vorbereitung der politischen Verwaltung Sonderaufgaben im Auftrage des Führers, die sich aus dem endgültig auszutragenden Kampf zweier entgegengesetzter politischer Systeme ergeben. Im Rahmen dieser Aufgaben handelt der Reichsführer SS selbständig und in eigener Verantwortung. Im Übrigen wird die dem Ob. d. H. und den von ihm beauftragten Dienststellen übertragene vollziehende Gewalt hierdurch nicht berührt. Der Reichsführer SS sorgt dafür, dass bei Durchführung seiner Aufgaben die Operationen nicht gestört werden. Näheres regelt das OKH mit dem Reichsführer SS unmittelbar.
c) Sobald das Operationsgebiet eine ausreichende Tiefe erreicht hat, wird es rückwärts begrenzt. Das neubesetzte Gebiet rückwärts des Operationsgebietes erhält eine eigene politische Verwaltung. Es wird entsprechend den volkstumsmäßigen Grundlagen und in Anlehnung an die Grenzen der Heeresgruppen zunächst in Nord (Balti-

kum), Mitte (Weißrussland), und Süd (Ukraine) unterteilt. In diesen Gebieten geht die politische Verwaltung auf Reichskommissare über, die ihre Richtlinien vom Führer empfangen.
3.) Zur Durchführung aller militärischen Aufgaben in den politischen Verwaltungsgebieten rückwärts des Operationsgebietes werden Wehrmachtbefehlshaber eingesetzt, die dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht unterstehen.

Der Wehrmachtbefehlshaber ist der oberste Vertreter der Wehrmacht in dem betreffenden Gebiet und übt die militärischen Hoheitsrechte aus. Er hat die Aufgaben eines Territorialbefehlshabers und die Befugnisse eines Armeeoberbefehlshabers bzw. Kommandierenden Generals.

In dieser Eigenschaft obliegen ihm vor allem folgende Aufgaben:
a) Enge Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar, um ihn in seiner politischen Aufgabe zu unterstützen.
b) Ausnutzung des Landes und Sicherung seiner wirtschaftlichen Werte für die Zwecke der deutschen Wirtschaft (s. Ziff . 4).
c) Ausnutzung des Landes für die Versorgung der Truppe nach den Anforderungen des O.K.H.
d) Militärische Sicherung des gesamten Gebietes, vor allem der Flughäfen, Nachschubstraßen und Nachschubeinrichtungen gegen Aufruhr, Sabotage und feindliche Fallschirmtruppen.
e) Straßenverkehrsregelung.
f) Regelung der Unterkunft für Wehrmacht, Polizei und Organisationen, für Kriegsgefangene, sofern sie in den Verwaltungsgebieten bleiben.

Gegenüber den zivilen Dienststellen hat der Wehrmachtbefehlshaber das Recht, die Maßnahmen anzuordnen, die zur Durchführung der militärischen Aufgaben erforderlich sind. Seine Anordnungen auf diesem Gebiet gehen allen anderen, auch denen der Reichskommissare vor.

Dienstanweisung, Aufstellungsbefehl und Anweisungen über die Zuteilung der erforderlichen Kräfte folgen gesondert.

Der Zeitpunkt der Befehlsübernahme durch die Wehrmachtbefehlshaber wird befohlen werden, sobald die militärische Lage einen Wechsel in den Befehlsverhältnissen ohne Störung der Operationen zulässt. Bis dahin bleiben die vom O.K.H. eingesetzten Dienststellen nach denselben Grundsätzen, wie sie für die Wehrmachtbefehlshaber festgelegt sind, in Tätigkeit.

4.) Mit der einheitlichen Leitung der Wirtschaftsverwaltung im Operationsgebiet und in den politischen Verwaltungsgebieten hat der Führer den Reichsmarschall beauftragt, der diese Aufgabe dem Chef des Wi Rü Amtes übertragen hat. Besondere Richtlinien hierzu ergehen vom OKW/Wi Rü Amt.
5.) Die Masse der Polizeikräfte wird den Reichskommissaren unterstellt. Forderungen auf Unterstellung von Polizeikräften im Operationsgebiet werden vom O.K.H. frühzeitig an OKW/WFSt/Abt. Landesverteidigung erbeten.
6.) Das Verhalten der Truppe gegenüber der Bevölkerung und die Aufgaben der Wehrmachtgerichte werden gesondert geregelt und befohlen werden.

II. Personen , Waren und Nachrichtenverkehr.

7.) Für die vor Beginn der Operationen erforderlichen Maßnahmen zur Beschränkung des Personen , Waren und Nachrichtenverkehrs nach Russland ergehen durch OKW/WFSt besondere Richtlinien.
8.) Mit Beginn der Operationen ist die deutsch sowjetrussische Grenze, später die rückwärtige Grenze des Operationsgebietes durch den Ob. d. H. für jeden nichtmilitärischen Personen , Waren und Nachrichtenverkehr, mit Ausnahme der vom Reichsführer SS nach Weisung des Führers einzusetzenden Polizeiorgane, zu sperren. Unterkunft und Versorgung dieser Organe regelt OKH Gen.Qu., der hierzu beim Reichsführer SS die Abstellung von Verbindungsoffizieren anfordern kann.

Die Grenzsperre erstreckt sich auch auf leitende Persönlichkeiten und Beauftragte der Obersten Reichsbehörden und Dienststellen der Partei. OKW/WFSt wird die Obersten Reichsbehörden und Parteidienststellen dementsprechend benachrichtigen. Über Ausnahmen von dieser Grenzsperre entscheiden der Ob. d. H. und die von ihm beauftragten Dienststellen.

Von den für die Polizeiorgane des Reichsführers SS nötigen Sonderregelungen abgesehen, sind Anträge auf Einreisegenehmigungen ausschließlich an den Ob. d. H. zu leiten.

III. Richtlinien für Rumänien, Slowakei, Ungarn und Finnland.

9.) Die erforderlichen Vereinbarungen mit diesen Staaten werden entsprechend den Anträgen der Oberkommandos vom OKW in Verbindung mit dem Auswärtigen Amt getroffen. Soweit darüber hinaus im weiteren Verlauf der Operationen besondere Rechte sich als notwendig erweisen sollten, sind sie beim OKW zu beantragen.
10.) Polizeiliche Maßnahmen zum unmittelbaren Schutz der Truppe sind, unabhängig von der Übertragung besonderer Rechte, zulässig. Weitere Anordnungen hierüber ergehen später.
11.) Besondere Anordnungen für den Bereich dieser Staaten über: Beschaffung von Verpflegung und Futtermitteln, Unterkunft und Gerät, Ankauf und Warenversand, Geldversorgung und Zahlungsregelung, Besoldung, Schadenersatzansprüche, Post und Telegraphenwesen, Verkehrswesen, Gerichtsbarkeit, folgen später.

Wünsche der Wehrmachtteile und Dienststellen des OKW auf diesen Gebieten an die Regierungen dieser Länder sind dem OKW/WFSt/Abt. Landesverteidigung bis zum 27. März 1941 anzumelden.

IV. Richtlinien für Schweden.

12.) Da Schweden lediglich Durchmarschgebiet werden kann, sind für den Befehlshaber der deutschen Truppen keine besonderen Befugnisse vorgesehen. Er ist jedoch berechtigt und verpflichtet, den unmittelbaren Schutz der Eisenbahntransporte gegen Sabotageakte und Angriffe sicher zu stellen.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

gez. Keitel

Über die Kriegsgerichtsbarkeit im Krieg gegen Russland

Hitlers Erlass vom 13. Mai 1941 (gekürzt)

1. (...)
2. Freischärler sind durch die Truppe im Kampf oder auf der Flucht schonungslos zu erledigen.
3. Auch alle anderen Angriffe feindlicher Zivilpersonen gegen die Wehrmacht, ihre Angehörigen und das Gefolge sind von der Truppe auf der Stelle mit den äußersten Mitteln bis zur Vernichtung des Angreifers niederzukämpfen.
4. Wo Maßnahmen dieser Art versäumt wurden oder zunächst nicht möglich waren, werden tatverdächtige Elemente sogleich einem Offizier vorgeführt. Dieser entscheidet, ob sie zu erschießen sind.
Gegen Ortschaften, aus denen die Wehrmacht hinterlistig oder heimtückisch angegriffen wurde, werden unverzüglich auf Anordnung eines Offiziers in der Dienststellung mindestens eines Bataillons usw. Kommandeurs kollektive Gewaltmaßnahmen durchgeführt, wenn die Umstände eine rasche Feststellung einzelner Täter nicht gestatten.
5. Es wird ausdrücklich verboten, verdächtige Täter zu verwahren, um sie bei Wiedereinführung der Gerichtsbarkeit über Landeseinwohner an die Gerichte abzugeben.

Behandlung der Straftaten von Angehörigen der Wehrmacht und des Gefolges gegen Landeseinwohner.

1. Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist.
2. (...)
3. Der Gerichtsherr prüft daher, ob in solchen Fällen eine disziplinäre Ahndung angezeigt oder ob ein gerichtliches Einschreiten notwendig ist. Der Gerichtsherr ordnet die Verfolgung von Taten gegen Landeseinwohner im kriegsgerichtlichen Verfahren nur dann an, wenn es die Aufrechterhaltung der Manneszucht oder die Sicherung der Truppe erfordert. Das gilt z. B. für schwere Taten, die auf geschlechtlicher Hemmungslosigkeit beruhen, einer verbrecherischen Veranlagung entspringen oder ein Anzeichen dafür sind, dass die Truppe zu verwildern droht. Nicht milder sind in der Regel zu beurteilen Straftaten, durch die sinnlos Unterkünfte sowie Vorräte oder anderes Beutegut zum Nachteil der eigenen Truppe vernichtet wurden.

Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare

"Kommissarbefehl" vom 6. Juni 1941 (gekürzt)

Im Kampf gegen den Bolschewismus ist mit einem Verhalten des Feindes nach den Grundsätzen der Menschlichkeit oder des Völkerrechts nicht zu rechnen. Insbesondere ist von den politischen Kommissaren aller Art als den eigentlichen Trägern des Widerstandes eine hasserfüllte, grausame und unmenschliche Behandlung unserer Gefangenen zu erwarten.

Die Truppe hat sich bewusst zu sein:
1. In diesem Kampfe ist Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme diesen Elementen gegenüber falsch. Sie sind eine Gefahr für die eigene Sicherheit und die schnelle Befriedung der eroberten Gebiete.
2. Die Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden sind die politischen Kommissare. Gegen diese muss daher sofort und ohne weiteres mit aller Schärfe vorgegangen werden.

Sie sind daher, wenn im Kampf oder bei Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen.

Im Übrigen gelten folgende Bestimmungen:

I. Operationsgebiet

1. Politische Kommissare, die sich gegen unsere Truppe wenden, sind entsprechend dem Erlass über Ausübung der Gerichtsbarkeit im Gebiet "Barbarossa" zu behandeln. Dies gilt für Kommissare jeder Art und Stellung, auch wenn sie nur des Widerstandes, der Sabotage oder der Anstiftung hierzu verdächtig sind.

Auf die Richtlinien über das Verhalten der Truppe in Russland wird verwiesen.

2. Politische Kommissare als Organe der feindlichen Truppe sind kenntlich an besonderen Abzeichen roter Stern mit goldenem eingewebtem Hammer und Sichel auf den Ärmeln. Sie sind aus den Kriegsgefangenen sofort, d. h. noch auf dem Gefechtsfelde, abzusondern. Dies ist notwendig, um ihnen jede Einflussnahme auf die gefangenen Soldaten zu nehmen. Diese Kommissare werden nicht als Soldaten anerkannt; der für Kriegsgefangene völkerrechtlich geltende Schutz findet auf sie keine Anwendung. Sie sind nach durchgeführter Absonderung zu erledigen.

3. Politische Kommissare, die sich keiner feindlichen Handlung schuldig machen oder einer solchen verdächtig sind, werden zunächst unbehelligt bleiben. Erst bei der weiteren Durchdringung des Landes wird es möglich sein, zu entscheiden, ob verbliebene Funktionäre an Ort und Stelle belassen werden können oder an die Sonderkommandos abzugeben sind. Es ist anzustreben, dass diese selbst die Überprüfung vornehmen.

Bei der Beurteilung der Frage, ob "schuldig oder nicht schuldig" hat grundsätzlich der persönliche Eindruck von der Gesinnung und Haltung des Kommissars höher zu gelten als der vielleicht nicht zu beweisende Tatbestand.

Über das Verhalten der Truppe im Ostraum

KTB 169

Armee-Oberkommando 6 A.H.Qu., 10. Oktober 1941

Abt. Ia - Az. 7

Betr.: Verhalten der Truppe im Ostraum

Hinsichtlich des Verhaltens der Truppe gegenüber dem bolschewistischen System bestehen vielfach noch unklare Vorstellungen.

Das wesentlichste Ziel des Feldzuges gegen das jüdisch-bolschewistische System ist die völlige Zerschlagung der Machtmittel und die Ausrottung des asiatischen Einflusses im europäischen Kulturkreis.

Hierdurch entstehen auch für die Truppe Aufgaben, die über das hergebrachte einseitige Soldatentum hinausgehen. Der Soldat ist im Ostraum nicht nur ein Kämpfer nach den Regeln der Kriegskunst, sondern auch Träger einer unerbittlichen völkischen Idee und der Rächer für alle Bestialitäten, die deutschem und artverwandtem Volkstum zugefügt wurden.

Deshalb muß der Soldat für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum volles Verständnis haben. Sie hat den weiteren Zweck, Erhebungen im Rücken der Wehrmacht, die erfahrungsgemäß stets von Juden angezettelt wurden, im Keime zu ersticken.

Der Kampf gegen den Feind hinter der Front wird noch nicht ernst genug genommen. Immer noch werden heimtückische, grausame Partisanen und entartete Weiber zu Kriegsgefangenen gemacht, immer noch werden halb uniformierte oder in Zivil gekleidete Heckenschützen und Herumtreiber wie anständige Soldaten behandelt und in die Gefangenenlager abgeführt. Ja, die gefangenen russischen Offiziere erzählen hohnlächelnd, daß die Agenten der Sowjets sich unbehelligt auf den Straßen bewegen und häufig an den deutschen Feldküchen mitessen. Ein solches Verhalten der Truppe ist nur noch durch völlige Gedankenlosigkeit zu erklären. Dann ist es aber für die Vorgesetzten Zeit, den Sinn für den gegenwärtigen Kampf wachzurufen.

Das Verpflegen von Landeseinwohnern und Kriegsgefangenen, die nicht im Dienste der Wehrmacht stehen, an Truppenküchen ist eine ebenso mißverstandene Menschlichkeit wie das Verschenken von Zigaretten und Brot. Was die Heimat unter großer Entsagung entbehrt, was die Führung unter größten Schwierigkeiten nach vorne bringt, hat nicht der Soldat an den Feind zu verschenken, auch nicht, wenn es aus der Beute stammt. Sie ist ein notwendiger Teil unserer Versorgung.

Die Sowjets haben bei ihrem Rückzug häufig Gebäude in Brand gesteckt. Die Truppe hat nur soweit ein Interesse an Löscharbeiten, als notwendige Truppenunterkünfte erhalten werden müssen. Im übrigen liegt das Verschwinden der Symbole einstiger Bolschewistenherrschaft, auch in Gestalt von Gebäuden, im Rahmen des Vernichtungskampfes. Weder geschichtliche, noch künstlerische Rücksichten spielen hierbei im Ostraum eine Rolle. Für die Erhaltung der wehrwirtschaftlich wichtigen Rohstoffe und Produktionsstätten gibt die Führung die notwendigen Weisungen.

Die restlose Entwaffnung der Bevölkerung im Rücken der fechtenden Truppe ist mit Rücksicht auf die langen, empfindlichen Nachschubwege vordringlich. Wo möglich, sind Beutewaffen und Munition zu bergen und zu bewachen. Erlaubt dies die Kampflage nicht, so sind Waffen und Munition unbrauchbar zu machen. Wird im Rücken der Armee Waffengebrauch einzelner Partisanen festgestellt, so ist mit drakonischen Maßnahmen durchzugreifen. Diese sind auch auf die männliche Bevölkerung auszudehnen, die in der Lage gewesen wäre, Anschläge zu verhindern. Die Teilnahmslosigkeit zahlreicher angeblich sowjetfeindlicher Elemente, die einer abwartenden Haltung entspringt, muß einer klaren Entscheidung zur aktiven Mitarbeit gegen den Bolschewismus weichen. Wenn nicht, kann sich niemand beklagen, als Angehöriger des Sowjetsystems gewertet und behandelt zu werden. Der Schrecken vor den deutschen Gegenmaßnahmen muß stärker sein als die Drohung der umherirrenden bolschewistischen Restteile.

Fern von allen politischen Erwägungen der Zukunft hat der Soldat zweierlei zu erfüllen:

1.) die völlige Vernichtung der bolschewistischen Irrlehre, des Sowjetstaates und seiner Wehrmacht,

2.) die erbarmungslose Ausrottung artfremder Heimtücke und Grausamkeit und damit die Sicherung des Lebens der deutschen Wehrmacht in Rußland.

Nur so werden wir unserer geschichtlichen Aufgabe gerecht, das deutsche Volk von der asiatisch-jüdischen Gefahr ein für allemal zu befreien.

Der Oberbefehlshaber:

v. Reichenau

Generalfeldmarschall

Verteilt

bis zu den Kpn. usw.

Die Russen gehörten nach der NS-Rassenlehre zu den slawischen Untermenschen, Hitler äußerte sich über die "Ostvölker" entsprechend. Er sprach bei Tisch häufig über seine politischen Ansichten und Pläne, hier eine Mitschrift eines solchen Tischgespräches vom April 1942 über die Pläne für die "Untermenschen"

"Für die Beherrschung der von uns im Osten des Reichs unterworfenen Völker müsse es deshalb oberster Grundsatz sein, den Wünschen nach individueller Freiheit weitgehendst zu entsprechen, jede staatliche Organisation zu vermeiden und die Angehörigen dieser Völkerschaften dadurch auf einem möglichst niedrigen Kulturniveau zu halten. Man müsse stets davon ausgehen, dass diese Völker uns gegenüber in erster Linie die Aufgabe haben, uns wirtschaftlich zu dienen. Es müsse daher unser Bestreben sein, mit allen Mitteln wirtschaftlich aus den besetzten russischen Gebieten herauszuholen, was sich herausholen lasse.

Einen Anreiz zur Ablieferung ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse und zur Zurverfügungstellung ihrer Arbeitskraft im Bergbau und in der Rüstungsfabrikation könne man dadurch für sie in ausreichendem Maße schaffen, daß man ihnen Industrieprodukte und so weiter nach Wunsch in Verkaufsmagazinen zum Kauf bereithalte. Wenn man sich darüber hinaus um das Wohl jedes einzelnen kümmern wolle, so würde man ohne eine Staatsorganisation nach dem Muster unserer staatlichen Verwaltung nicht auskommen und lediglich Hass gegen uns erzeugen.

Denn je primitiver die Menschen seien, desto stärker empfänden sie jede Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit als Zwang. Hinzu komme, dass man ihnen mit einer staatlichen Verwaltungsorganisation eine Möglichkeit an die Hand gebe, sich zu einer großen Einheit zusammenzufinden und diese Organisation eventuell sogar gegen uns zum Einsatz zu bringen. Das höchste, was man ihnen an Verwaltungsorganisation zugestehen könne, sei deshalb die Gemeindeverwaltung, und auch die nur insoweit, als es zur Erhaltung der Arbeitskraft, das heißt zur Sicherstellung der täglichen Bedürfnisse des einzelnen, erforderlich sei.

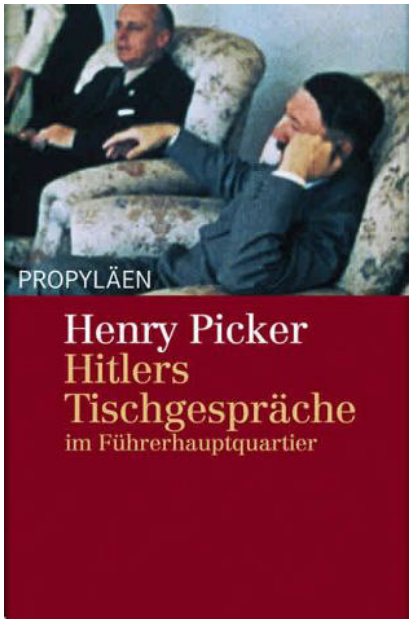
Auch die Bildung von Dorfgemeinschaften müsse man aber so gestalten, dass sich keine Gemeinsamkeiten zwischen benachbarten Dorfgemeinschaften herausbilden könnten. Auf jeden Fall sei deshalb die Schaffung einheitlicher Kirchen für größere russische Gebietsteile zu verhindern. In unserem Interesse könne es lediglich liegen, wenn jedes Dorf seine eigene Sekte habe, die ihre eigenen Gottesvorstellungen entwickle. Selbst wenn sich auf diese Weise in einzelnen Dörfern Zauberkulte, wie bei den Negern und Indianern, bilden sollten, könnten wir das nur begrüßen, weil es die Zahl der trennenden Momente im russischen Raum nur vermehre.

Wenn er vorhin gesagt habe, dass jeder Aufbau einer großen Staatsverwaltung zu unterbleiben habe und unsere Kommissare sich dort lediglich mit der Beaufsichtigung und Wirtschaftslenkung zu befassen hätten, so sei damit selbstverständlich auch jede andere Organisationsform für die unterworfenen Völker verneint. Es solle daher ja kein Lehrer daherkommen und plötzlich den Schulzwang für die unterworfenen Völker verkünden wollen. Kenntnisse der Russen, Ukrainer, Kirgisen und so weiter im Lesen und Schreiben könnten uns nur schaden. Denn sie ermöglichten es helleren Köpfen, auch ein gewisses Geschichtswissen zu erarbeiten und damit zu politischen Gedankengängen zu kommen, die irgendwie immer ihre Spitze gegen uns haben müssten.

Es sei viel besser, in jedem Dorf einen Radiolautsprecher aufzustellen, um den Menschen auf diese Weise Neuigkeiten zu erzählen und Unterhaltungsstoff zu bieten, als sie zur selbständigen Erlangung politischer, wissenschaftlicher und so weiter Erkenntnisse zu befähigen. Man solle es sich daher auch ja nicht einfallen lassen, den unterworfenen Völkern im Radio Dinge über ihre Vorgeschichte zu erzählen, man müsse ihnen vielmehr durch den Rundfunk Musik und noch einmal Musik vermitteln.

Denn lustige Musik fördere die Arbeitsfreude. Und wenn die Leute viel tanzen könnten, so werde auch das nach unseren Erfahrungen in der Systemzeit allgemein begrüßt werden. Das einzige, was in den besetzten russischen Gebieten organisiert werden müsse, sei der Verkehr. Denn die verkehrsmäßige Aufschließung des Landes sei eine der wesentlichsten Vorbedingungen zu seiner Beherrschung und wirtschaftlichen Ausnutzung. Das Verkehrspunkt-System müssten deshalb auch die Unterworfenen lernen. Das sei aber auch das einzige Gebiet, auf dem man sich von uns aus 'bilden' müsse.

Was die Hygiene der unterworfenen Bevölkerung angehe, so könnten wir kein Interesse daran haben, ihnen unsere Erkenntnisse zu vermitteln und dadurch ihnen eine von ihnen absolut nicht gewünschte Basis für einen ungeheuren Bevölkerungszuwachs zu geben. Er verbiete deshalb, für diese Gebiete Sauberkeitsaktionen unserer Art durchzuführen. Auch der Impfzwang dürfe in ihnen nur für Deutsche gelten, Deutsche Ärzte seien nur für die Behandlung Deutscher in den deutschen Siedlungen einzusetzen. Auch sei es Unsinn, die unterworfenen Völkerschaften mit unserem Wissen auf dem Gebiet der Zahnheilkunde beglücken zu wollen. Man müsse dabei aber vorsichtig zu Werke gehen, damit unsere Tendenz nicht auffalle. Wenn also ein Zahnkranker absolut von einem Arzt behandelt sein wolle, gut, dann müsse man auch einmal eine Ausnahme machen.



Der größte Unsinn, den man in den besetzten Ostgebieten machen könne, sei der, den unterworfenen Völkern Waffen zu geben. Die Geschichte lehre, dass alle Herrenvölker untergegangen seien, nachdem sie den von ihnen unterworfenen Völkern Waffen bewilligt hätten. Ja, man könne geradezu sagen, dass die Auslieferung von Waffen an die unterworfenen Völker eine conditio sine qua non für den Untergang der Herrenvölker sei. Es sei deshalb nötig, dass wir die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung durch eigene Truppen im gesamten besetzten russischen Raum gewährleisten. Die besetzten Ostgebiete müssten deshalb von einem Netz von Militärstützpunkten durchzogen sein. Alle Deutschen, die in diesem Raum leben, müssten persönlichen Kontakt mit ihnen haben, das heißt, sich persönlich mit ihnen verbunden fühlen. Im Übrigen müssten sie so straff organisiert sein, daß eine auf weite Sicht hinaus geplante deutsche Siedlungspolitik einen immer stärker werdenden deutschen Volkstumskeil in den von uns unterworfenen Raum vortreiben könne."

SS-Führer Heinrich Himmler legte im **Generalplan Ost** fest, was nach dem Sieg über die Sowjetunion zu geschehen habe. Es war der Plan für einen weiteren Holocaust, der in diesem geplanten Umfang nicht mehr stattfinden konnte, aber in der Zeit in der große Teile der Sowjetunion durch deutsche Truppen besetzt waren, defakto bereits ablief. Wiedergabe gekürzt aus nadir.org.

Germanisierungspolitik des NS-Regimes in den besetzten Ostgebieten 1939-45

Am 7.10.1939, fünf Wochen nach dem deutschen Überfall auf Polen, unterzeichnete Hitler einen Erlass, der den Chef der SS Heinrich Himmler zum "Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums" machte und ihn dadurch mit der "Zurückführung" der Reichs- und "Volksdeutschen" aus dem Ausland und mit der "Ausschaltung des schädlichen Einflusses volksfremder Bevölkerungsteile" beauftragte. Himmler wurde außerdem zur "Gestaltung neuer Siedlungsteile" ermächtigt.

Hitler und Stalin hatten am 23.8.1939 in einem geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt Osteuropa in Interessensgebiete aufgeteilt. Nach dem Sieg über die polnische Armee wurde dann im Oktober ohne Zögern mit der "Eindeutschung" der besetzten westpolnischen Gebiete begonnen.

Die SS war als Terrororgan für die "Sicherheit" im Lande zuständig. Dabei wurden durch den Holocaust, aber auch infolge von Massenmorden an z.B. der Intelligenz über sechs Millionen polnische Bürger umgebracht, d.h. jeder fünfte Einwohner kam ums Leben.

Himmler hatte schon 1939 "Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten" zu Papier gebracht, die die Essenz der deutschen Germanisierungs- und Ostpolitik enthielten. Die Grundidee bestand darin, die Bevölkerung des Ostens zunächst in möglichst viele Teile zu zersplittern und die in deutschen Augen "rassisch minderwertigen" - das war die überwiegende Mehrheit - zu unterdrücken. Himmler sah die Lösung seiner Probleme in der Erziehung, Sichtung und Siebung der Jugendlichen. Er schlug vor: "Für die nichtdeutsche Bevölkerung des Ostens darf es keine höhere Schule geben als die vierklassige Volksschule. Das Ziel dieser Volksschule hat lediglich zu sein: Einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, dass es ein göttliches Gebot ist, den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich. Außer dieser Schule darf es im Osten überhaupt keine Schule geben."

In der weitergeführten Version Himmlers sollte dann "diese Bevölkerung (..) als führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung stehen und Deutschland jährlich Wanderarbeiter und Arbeiter für besondere Arbeitsvorkommen stellen." Dieses Vorhaben bezog sich besonders auf das "Generalgouvernement", also den mittleren und südlichen Teil Polens (Bezirke Warschau, Krakau, Radom und Lubin). Juristisch war das Generalgouvernement ein "Nebenland" des Deutschen Reiches, d.h. eine Art Kolonie. 40/41 gab Himmler den Befehl, eine Gesamtkonzeption auszuarbeiten, die den Rahmen der Germanisierungspolitik in den bereits annektierten und noch zu erobernden Ostgebieten zwischen Oder und Ural abstecken sollte.

Spielwiese der Schreibtischtäter

An der Ausarbeitung waren mehrere Dienststellen der SS beteiligt, in erster Linie der Chef der Planungsabteilung Konrad Meyer. Der sandte Ende Mai 1942 dem Reichsführer SS die befohlene Denkschrift "Generalplan Ost - Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus".

Die Grundskizze des Generalplan Ost war diese: Die "deutschen Ostkolonien" sollten durch die Besiedlung auf "Lehenshöfen", die von Hitler vergeben wurden, germanisiert und "heim ins Reich" geholt werden. In diesen "Siedlungsmarken" sollten unter Leitung eines "Markhauptmannes" Siedlungspolitik und -planung, Siedlerauslese und -einsatz, Siedlungsdurchführung, -verwaltung und -finanzierung betrieben werden.

Als Siedlungsmarken waren zunächst das Petersburger Land, Krim und Chersongebiet, das Memel- und Narewgebiet und außerdem 36 "Siedlungsstützpunkte" geplant. Die Kosten des Projektes, das in fünf Fünfjahresabschnitten vollzogen werden sollte, wurden mit 45,7 Milliarden Reichsmark geplant. Sie sollten durch Mittel des Reichshaushalts, durch Kreditschöpfung, durch "Tributleistungen der besiegten Gegner" und durch eine "Oststeuer" beschafft werden.

Unter der Überschrift "Menschenbesatz für die Eindeutschung der eingegliederten Ostgebiete" hieß es im Generalplan: "Die Eindeutschung wird als vollzogen angenommen, wenn einmal der Grund und Boden in deutsche Hand übergeführt worden ist, zum anderen, wenn die beruflich Selbstständigen, die Beamten, Angestellten, gehobenen Arbeiter und die dazugehörigen Familien deutsch sind." Dieser "Menschenbedarf" sollte aus dem Altreich, durch Umsiedler aus Übersee, durch "germanische" Siedler aus Europa und durch "Eindeutschungsfähige" in den besetzten Ostgebieten selbst gedeckt werden.

Im Juli 1942 hatte Himmler gegen den Widerstand der zivilen deutschen Behörden in Krakau die Einsiedlung von 27.000 "Volksdeutschen" im Kreis Zamosc, dem ersten deutsche "Großsiedlungsgebiet" im Generalgouvernement angeordnet. Im November 1942 wurde der Befehl in Form eines Überfalls ausgeführt. Tausende polnischer Bauern wurden zwangsevakuiert, um Platz für die "Volksdeutschen" zu schaffen. Die Folgen waren aber zurückgehende Ablieferquoten der Landwirtschaft und die Zunahme des polnischen Widerstands. Im Frühjahr 1943 wurde die Zamosc-Aktion eingestellt.

Die in den vom Generalplan Ost betroffenen Gebieten lebende Bevölkerung, die nicht dem NS-Rassenideal entsprach, sollte mit Enteignung und Entrechtung, mit Pflicht zur Sklavenarbeit für die neuen Siedler, mit Deportation (nach Sibirien) und durch Ausrottung vertrieben bzw. vernichtet werden: "Es sei zu erwägen, ob nicht durch die Industrialisierung des baltischen Raumes zweckmäßigerweise die rassisch unerwünschten Teile der Bevölkerung verschrottet werden könnten". Einige NS- Funktionäre wollten sie nach Russland abschieben, andere träumten von einer Dreiklassengesellschaft, bei der die "Fremdvölkischen" im Lande bleiben konnten. So herrschte über das Schicksal der betroffenen Menschen keine Klarheit. Geplant war die Umsetzung des Generalplan Ost in 30 Jahren.

Himmler erschien dieser Zeitraum als zu lang und er verkürzte die "Eindeutschung" erst auf 25 und dann auf 20 Jahre. Differenzen zwischen den unterschiedlichen Vorstellungen der SS und des Ostministeriums und Zweifel an der Umsetzung des Planes scheinen aber nicht der Hauptfaktor für das Scheitern der Planung gewesen zu sein. Das Hauptproblem war eher die fehlende Motivation und Stärkung des "Siedlungstriebes", denn das "Volk ohne Raum" drängte bei weitem nicht so heftig in die neuen Siedlungsräume, wie die NS-Propagandisten verkündeten und wie die Vollstrecker des Germanisierungswahnes wünschten: "Wie aus dem Plan hervorgeht, sollten 14 Millionen Fremdvölkische in dem Raum verbleiben. Ob diese jedoch innerhalb der vorgesehenen Zeit von 30 Jahren wirklich umgevolkt und eingedeutscht werden, erscheint mehr als zweifelhaft, da auch nach dem vorliegenden Plan die Anzahl der deutschen Siedler nicht gerade beträchtlich ist."

Herrenmenschen

"Im Ostministerium interessiert nun aber ganz besonders die Frage, wo die rassisch unerwünschten Polen verbleiben sollen. Mehr oder minder 20 Millionen Polen in Westsibirien zwangsweise geschlossen anzusetzen, bedeutet zweifellos eine ständige, kompakte Gefahr des sibirischen Raumes, ein Herd des ständigen Aufruhrs gegen die deutsche Ordnungsmacht (..) Das man die Polenfrage nicht in dem Sinne lösen kann, dass man die Polen wie die Juden liquidiert, dürfe auf der Hand liegen. Eine derartige Lösung der Polenfrage würde das deutsche Volk bis in die ferne Zukunft belasten und uns überall die Sympathien nehmen, zumal auch andere Nachbarvölker damit rechnen müssten, bei gegebener Zeit ähnlich behandelt zu werden (..) Mehrere Millionen der uns gefährlichsten Polen im Wege der Auswanderung in Südamerika unterzubringen, erscheint nicht unmöglich."

Es muss an dieser Stelle nochmals hervorgehoben werden: Der Generalplan Ost sah bis zu 20 Millionen Menschen als "überflüssig", d.h. als zur Ermordung bestimmt, an! (Anm.: Himmler soll sogar von 30 Millionen Slawen gesprochen haben, die liquidiert werden sollten, wie der SS-General Bach-Zelewski beim Nürnberger Prozess aussagte).

Himmler war mit dem Plan, der ihm im Juli 1942 vorgelegt wurde, nicht recht zufrieden. Er fühlte sich falsch verstanden: "In dem Zwanzigjahresplan müsse die totale Eindeutschung von Estland und Lettland sowie des gesamten Generalgouvernements enthalten sein". Der Vorschlag, nur mit Stützpunkten zu arbeiten, gefiel Himmler ebenfalls nicht. Er stellte sich die Germanisierung des Ostens flächendeckend vor. Von diesen Visionen und Wunschträumen, bei deren Realisierung etliche Millionen Menschen vertrieben, versklavt und vernichtet werden sollten, ließen die Anhänger des Germanisierungswahns auch nicht ab, als sich das "Kriegsglück" längst gewendet hatte.

Noch im August 1944 verkündete Himmler unter stürmischem Beifall: "Über das Problem, dass wir die Hunderttausende von Quadratkilometer (..), die wir verloren haben, im Osten wieder holen, brauchen wir uns überhaupt nicht zu unterhalten. Das ist ganz selbstverständlich. Das Programm ist unverrückbar. (..) Wenn es den Kosaken geglückt ist, sich für den russischen Zaren bis ans Gelbe Meer durchzufressen und das gesamte Gebiet allmählich zu erobern, dann werden wir und unsere Söhne es in drei Teufels Namen fertigbringen, Jahr für Jahr, Generation für Generation unsere Bauerntrecks auszurüsten und von dem Gebiet, das wir zunächst hinter der militärischen Grenze haben, immer einige hundert Kilometer zunächst mit Stützpunkten zu versehen und dann allmählich flächenmäßig zu besiedeln und die anderen herauszudrängen. Das ist unsere Aufgabe."

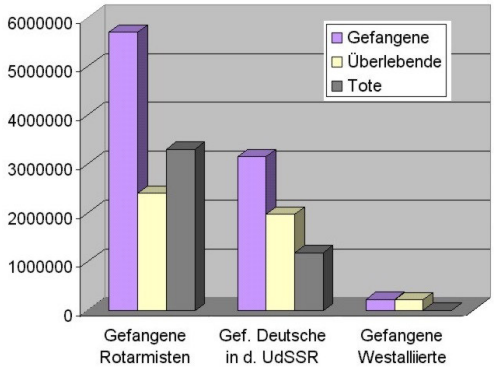
Im gleichen Monat erreichte die Rote Armee Ostpreußen, und wenig später begann die Flucht aus den Ostgebieten.

Nach der militärischen Zerschlagung des Nationalsozialismus sollte gemäß des Willens der Alliierten das deutsch-polnische Problem durch die Vertreibung aller Deutschen aus Polen auch aus dem künftigen polnischen Territorium radikal gelöst werden. Angesichts der deutschen Herrschaft auf polnischem Boden und der deutschen Besatzungspolitik 1941-44 in Russland waren Regungen des Mitleids für die künftigen Betroffenen der Vertreibung unwahrscheinlich.

Der Drang von Nationalsozialismus und Kapital nach Osten und die Methoden, mit denen er für kurze Zeit verwirklicht wurde, zerstörten auch die Grundlagen des Zusammenlebens der deutschsprachigen Bevölkerung in Rumänien, in Ungarn, in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien und in Russland mit ihrer Umgebung, so dass auch diese Menschen zu großen Teilen ihre bisherigen Wohnorte verlassen mussten. Diese Umsiedlung war dabei nichts anderes als die Konsequenz aus der deutschen Gräuelherrschaft über die Staaten Osteuropas!

Nach der Stalingradniederlage 1943 verlor Himmler das Interesse an einer endgültigen Fassung des Plans. Hitler befahl die Einstellung der Planungen von Nachkriegsprojekten. Der imperiale Kriegszug nach Osten war das Hauptmotiv der NS-Ideologie gewesen, die Umsetzung der "Entvölkerung" des Ostens hatte durch den "Vernichtungskrieg" gegen die Sowjetunion längst begonnen. Durch den Sieg der Roten Armee über die deutsche Wehrmacht blieb dieser imperiale "Generalplan" unausgeführt. Seine realen Auswirkungen hatte das rassistische Konzept der Nazis dessen ungeachtet:

Die Sowjetunion hatte bis zu 26 Millionen Tote zu beklagen, nach aktuellen Berechnungen 8,6 Millionen Soldaten und 17 Millionen Zivilisten. Allein die Anzahl der Toten unter den gefangenen Rotarmisten überstieg bis 1945 drei Millionen.



Die Vernichtung der Zivilbevölkerung erfolgt in erster Linie über den Hunger. Beispielsweise zeigt eine deutsche Statistik über die Versorgung der Zivilbevölkerung der Stadt Charkow im Jahre 1942 Anteile der Hungertoten zwischen 33 und 77% der Todesfälle. Die Stimmung der russischen Zivilbevölkerung wurde immer verzweifelter, die Vorstellung der deutschen Seite, die Bevölkerung der besetzten Gebiete zu reduzieren und trotzdem ein tragbares Verhältnis aufrecht zu erhalten, erweist sich klarerweise als Illusion. Auch wenn sich antikommunistische, nationalistische Hilfswillige finden, die mit den Besatzern kooperieren, sie blieben in den Augen der Eroberer trotzalledem Untermenschen ohne Rechte, ausgeliefert auf Gnade oder Ungnade.

Zum Abschluss ein Kapitel aus dem "Roman der Erinnerung" von Anatoli Naumowitsch Rybakow (1911-1997). Dieser war ein Sowjetbürger jüdischer Abkunft, in den Dreißigerjahren als Opfer des Stalinismus in Haft und Verbannung, im Krieg als Kfz-Offizier an der Eroberung Berlins beteiligt, in den Fünfziger- und Sechzigerjahren in der UdSSR hauptsächlich als Jugendbuchautor erfolgreich, nach dem Ende der Sowjetunion bekannt durch seine Trilogie "Die Kinder vom Arbat", worin er mit dem Terror der Stalinzeit abrechnete.

Das Kriegsende in Berlin

Am 28. Februar kapitulierte die Garnison von Posen, die wir umgangen hatten, und Ende März fiel Küstrin. Jetzt war der Küstriner Brückenkopf vollständig in unserer Hand. Im April wurde endlich die gegnerische Gruppierung in Ostpreußen zerschlagen. Nun bedrohten keine deutschen Truppen mehr unsere rechte Flanke. Der Sturm auf Berlin konnte beginnen. Die Soldaten wurden für den Straßenkampf ausgebildet, von den Stalingradkämpfern hatten nur wenige überlebt. Unser 4. Gardeschützenkorps bekam den schwierigsten und ehrenvollsten Abschnitt zugewiesen, die Angriffsachse Küstrin Stadtzentrum von Berlin. Der Korpsstab befand sich in einem Lagergebäude aus Stahlbeton, umgeben von einem Wall und einem Wassergraben. Die Sicht betrug zwölf Kilometer nach allen Seiten.

Am 16. April um 5 Uhr früh donnerten viele tausend Geschütze los. Granaten, Minen, Fliegerbomben detonierten und erschütterten die Erde. Tausende bunter Leuchtkugeln stiegen in den Himmel, und im selben Moment flammten 140 mächtige Scheinwerfer auf, beleuchteten das Schlachtfeld, blendeten den Gegner und entrissen der Dunkelheit die Angriffsziele unserer Panzer und unserer Infanterie.

In dem dichten Vorhang von Staub und Qualm gingen unsere Truppen zum Angriff vor. Aber der zunächst verwirrte Gegner fasste sich und leistete verzweifelten Widerstand. Er war oben, wir waren unten, wie auf dem Präsentierteller. Die Brücken waren gesprengt, die Soldaten kletterten über die zerschlagenen Träger. Glasunow befahl, die Mantelrollen im Tross zu lassen, der würde sie nachbringen, und ohne Gepäck anzugreifen, vor allem mehr Patronen und Handgranaten mitzunehmen. Dem Gegner half obendrein das Hochwasser; die Wiesen, Niederungen und Äcker waren überschwemmt und verschlammt, bei der Führung der Front und der Armee wurde man nervös und schickte drohende chiffrierte Funksprüche. Glasunow blieb gelassen, er leitete selbstsicher den Kampf. Gegen Mittag des ersten Angriffstages nahm die Division Schugajew die beherrschenden Höhen nördlich von Seelow, und am Abend kämpfte sich die Division Salisjuk an den Bahnhof Seelow heran. Der Feind gab sich nicht gefangen, wich nicht zurück, jedes Haus musste im Kampf erobert werden. Am frühen Morgen des 18. April schlugen Teilkräfte unseres Korps den Feind zurück und rückten weiter nach Westen vor.

Der Gegner warf neue und immer neue Reserven in den Kampf. General Glasunow bemerkte: "Die Deutschen machen einen großen Fehler, wir vernichten sie nach und nach. Sie müssten alles zusammenfassen und uns von ausgebauten Stellungen aus aufhalten, davon haben sie doch genug." Wir rückten kämpfend vor. Der Gegner leistete Widerstand, aber das waren schon Greise und Kinder. Sie kämpften, so gut es ging, aber sie glaubten nicht an den Sieg, obwohl es in ihren Flugblättern hieß: "Berlin bleibt deutsch!", "Sieg oder Bolschewismus". Das Wetter war scheußlich, kalt und unfreundlich.

"Ein finsterer Frühling", sagte Glasunow.

Am Abend drangen die vordersten Truppen des Korps in den östlichen Vorort Mahlsdorf ein und stießen unter Straßenkämpfen weiter vor.

Also, wir waren in Berlin!

Am 23. April forcierte das Korps die Spree und setzte die Straßenkämpfe fort. Die Deutschen, die mit Maschinenpistolen und Panzerfäusten bewaffnet waren, müssten aus jedem Haus vertrieben werden, sie kämpften um jeden Treppenabsatz. In den Kellern saßen Greise, Frauen und Kinder.

Am 25. April überquerte das Korps den Landwehrkanal, besetzte den Bezirk Neukölln und erreichte die Berliner Straße. Die Deutschen verteidigten sich hartnäckig, sie hatten Zivilsachen angezogen und schossen den russischen Soldaten in den Rücken. Unsere weitreichende Artillerie arbeitete schlecht, sie beharkte die eigenen Leute, und Glasunow bat Tschuikow, die Artillerie von unserm Abschnitt wegzunehmen. Eine kurze Nacht, eine kurze Verschnaufpause, am 26. April wieder in den Kampf, brennende Gebäude, Qualm, Staub, das Atmen fiel schwer. Mit erhobenen Händen kamen alte Männer aus den Häusern, Soldaten des Volkssturms, und ergaben sich.

Am 27. und 28. April lag unser Korpsstab in der Wilhelmstraße. Gleich am ersten Tag fiel mir im Hof eine magere Frau mit dunkler Brille auf, sie trug einen schwarzen Mantel und ein schwarzes Kopftuch. Und sie sah mich aufmerksam an. Am Abend stand sie wieder da und sah mich an. Am nächsten Tag trat sie unschlüssig auf mich zu und hielt mir einen Fetzen Papier hin. Darauf war ein sechszackiger Davidstern gezeichnet, ein "Magen David". Klarer Fall: eine Jüdin, die sich versteckt hatte, und als die Russen gekommen waren, hatte sie sich entschlossen, sich einem sowjetischen jüdischen Offizier zu offenbaren, indem sie ihm den "Magen David" zeigte.

Ich nahm sie mit in den Stab, bat sie, den Mantel abzulegen, sie erschrak: "Nein nein", schob nur das Tuch auf die Schultern. Ihr schwarzes Haar war stark ergraut, sie war entkräftet, mochte fünfunddreißig bis vierzig Jahre alt sein, sah aber wie eine alte Frau aus. Ich konnte auch ein bisschen deutsch und französisch, sie konnte auch ein bisschen französisch, in den beiden Sprachen verständigten wir uns. "Möchtest du was essen?" Sie lehnte ab, willigte dann aber ein, aß langsam, vorsichtig, aber ich sah, wie hungrig sie war. Sie hieß Emma. Doch als sie mir ihr Alter sagte, erstarrte ich, sechzehn Jahre!

Ihre Geschichte: Sie hatte Klavierunterricht bei einer Frau Kröber, die in der Nähe wohnte. 1940 wurde Emmas Familie, Vater, Mutter, Großmutter und zwei Brüder, zusammen mit Tausenden anderer Berliner Juden nach Polen deportiert. Wusste sie etwas von deren Schicksal? Sie schwieg. Aber ich wusste Bescheid. Ich war in Krakau gewesen und in Lublin, ich hatte Auschwitz und Maidanek gesehen. Ich glaube, sie wusste auch Bescheid.

Frau Kröber hatte Emma bei sich behalten. Wie hatte sie sich dazu entschließen können? Die SS hatte in Berlin intensiv nach untergetauchten Juden gefahndet und grausam mit Leuten abgerechnet, die Juden bei sich versteckten. Aber sie hatte sich entschlossen. Und Emma fünf Jahre lang versteckt! Sie war Witwe, kinderlos, vielleicht hatte sie das Mädchen liebgewonnen, ihre Begabung hoch geschätzt und naiv geglaubt, Talent könne die Tragödien und Übeltaten der Zeit überwinden.

Während ich Emma zuhörte, betrachtete ich sie, und allmählich schaute in dem gealterten Gesicht, in den Umrissen des Mundes, des Kinns, des schlanken Halses und der schmalen Schultern das junge Mädchen durch.

Sie sprach langsam, mit Pausen, als hätte sie in den fünf Jahren das Sprechen verlernt. Sie hatte in einer dunklen Kammer gesessen, und wenn Frau Kröber zu ihr kam, sprachen sie nur flüsternd, denn "die Wände hatten Ohren". Und das fünf Jahre lang! Emma hatte nicht gewagt, durch die Wohnung zu gehen, denn man hätte sie durchs Fenster sehen können, vielleicht hätten die Nachbarn auch ihre Schritte gehört, darum hatte sie selbst das kleinste Geräusch vermieden. Zu Frau Kröber waren auch während des Krieges Klavierschüler gekommen, dann wurde die Kammer verschlossen, damit ein Schüler nicht zufällig die Tür öffnete. Licht gab es nicht in der Kammer, und so hatte Emma die fünf Jahre im Dunklen verbracht und war eigentlich blind geworden. In Berlin hatte es Lebensmittelkarten gegeben, und die Rationen waren immer knapper geworden, also hatten sie gehungert.

Zum Glück wurde ihr Haus von keiner Bombe getroffen, sonst wäre Emma entdeckt worden. Es gab Versuche, bei Frau Kröber ausgebombte Nachbarn in die Wohnung einzuquartieren. Aber sie hatte nur zwei kleine Durchgangszimmer, in einem davon stand der Flügel, und Schüler kamen. Die Gefahr ging vorüber.

Emma konnte nicht mal sterben. "Ich wollte mich aufhängen, aber was hätte Frau Kröber mit meiner Leiche gemacht? Man hätte sofort gewusst, dass sie eine Jüdin versteckt hatte, und sie zur Gestapo geschleppt."

"Das liegt hinter dir", sagte ich, "du lebst und bist erst sechzehn. Sei zuversichtlich. Soll ich dich zu unserer Kommandantur bringen?"

Sie schrak zurück. "Warum?" "Dort bekommst du Lebensmittelkarten für dich und Frau Kröber." Sie schwieg, dann fragte sie: "Sagen Sie, sind die Amerikaner schon in Berlin?" "Die Amerikaner? Noch nicht. Willst du zu ihnen?" "Ich habe Verwandte in Amerika. Mein Vater hat mir die Adresse gegeben."

"Das eine schließt das andere nicht aus. Bis du ihnen schreibst und sie dir antworten, vergeht Zeit. Du musst zu dir kommen, du brauchst ärztliche Hilfe." Sie senkte den Kopf. "Was meinen Sie, wann kommen die Amerikaner?"

"Ich weiß es nicht, wir haben ja noch Krieg. Hörst du das Schießen? Wenn du willst, geh selber in die Kommandantur, dort sind Dolmetscher."

"Ich muss erst mit Frau Kröber sprechen." "Tu das." Sie bedankte sich, stand auf, zog das Tuch ins Gesicht und nickte mir zum Abschied zu.

Sie ist nicht in unsere Kommandantur gegangen. Wo magst du jetzt sein, Emma?

Den ganzen 30. April über fanden erbitterte Gefechte statt. Um 16.00 Uhr erschienen im Bereich unseres Korps deutsche Parlamentäre. Wir stellten das Feuer ein. Um 17.40 kam in Begleitung seiner Suite General Krebs, Vertreter des deutschen Oberkommandos. Glasunow schickte ihn zum Kriegsrat, wo Krebs erklärte, Hitler habe sich erschossen, eine neue Regierung sei gebildet worden, und sie bäten um Friedensverhandlungen. Ihnen wurde geantwortet, es gebe keine Friedensverhandlungen, nur die bedingungslose Kapitulation. Als Krebs und seine Suite zurückgebracht wurden und dreißig Meter vor ihrer vordersten Linie waren, eröffneten die Deutschen das Feuer und töteten unseren Begleitoffizier und zwei Soldaten. Die Unseren schossen zurück und die Infanterie ging zum Angriff vor. An diesem Tag wurde über dem Reichstag die sowjetische Fahne gehisst.

Am 2. Mai unterzeichnete der Berliner Stadtkommandant General Weidling die Kapitulationsbedingungen.

Die Deutschen gaben ihre Waffen ab und wurden zum Flugplatz geschickt, wo eine Sammelstelle eingerichtet war. Die Kämpfe in Berlin waren beendet. Die Stadt war zerstört, die Straßen unter den eingestürzten Hauswänden begraben. Um die Straßen zu räumen und die Brände zu löschen, wurden Truppen eingesetzt und die Bevölkerung mobilisiert.

Unglaublich, der Krieg war zu Ende.

Am 8. Mai wurde die Urkunde über die Kapitulation Deutschlands unterschrieben.

Am 9. Mai wurde der Tag des Sieges gefeiert. Und tüchtig getrunken.

Anatoli Rybakow ist der Zweite von links

(diese PDF wurde zusammengestellt und mit kurzen Zwischentexten versehen von Erwin Peterseil)